

Bochum mit Zukunft

Schriftenreihe Soziale Demokratie

Heft 2

Herausgeberin

SPD Bochum

SPD Bochum

Bochum mit Zukunft

Eine europäische Stadt
in der Wissensgesellschaft
mit Industriegeschichte

projektverlag.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Herausgeberin

SPD Bochum
Alte Hattinger Str. 19
44791 Bochum
spd-bochum.de

Lektorat

Sabine Wiedhöft

ISSN 2510-2117

ISBN 978-3-89733-437-3

© projekt verlag, Bochum/Freiburg 2017

www.projektverlag.de

Cover-Foto © Stadt Bochum, Referat für Kommunikation

Inhalt

Karsten Rudolph

Vorwort	7
I. Thesen zur Entwicklung der Stadt Bochum	11
II. Bochum im „Ruhrgebiet“ – anders als andere große Städte und dabei benachteiligt	12
1. Sozialökonomische Entwicklung	12
2. Schwerpunkte der Veränderung	15
3. Bochum integriert in die Region zwischen Ruhr, Emscher und Lippe	16
III. Bochum für alle	20
IV. Bochums kommunale Selbstverwaltung mit demokratischen Parteien	21
V. Sechs stadtpolitische Handlungsfelder	23
1. Bochum – als nachhaltiger Lebens- und Sozialraum	23
1.1 Nachhaltige Integration von Lebensraum und Wirtschaftsstandort	24
1.2 Bevölkerungsentwicklung mit dem Ziel einer stabilen Einwohnerzahl	28
1.3 Soziale Integration und Inklusion	29
1.4 Zuwanderung und ethnische Vielfalt	31
1.5 Sicherheit: Konflikte und Konfliktvermeidung	33
1.6 Vorschulische Erziehung und schulische Bildung	35
1.7 Freizeit und Kultur	40
1.8 Vorpolitisches bürgergesellschaftliches Engagement	42
2. Bochum als Wirtschafts-, Arbeits- und Qualifizierungsstandort	43
2.1 Struktur des Sozialprodukts und der Arbeitsplätze	43
2.2 Technologische Veränderungen mit ökonomischer Bedeutung	46
a) Gesundheitswirtschaft	46
b) Additive Fertigung/3D-Druck – Langfristige neue Produktionsverfahren in Bochum etablieren	48
c) IT-Sicherheit – Alleinstellungsmerkmal mit Potentialen für Produkte und Dienstleistungen	49

2.3	Arbeitsmarktperspektiven	50
2.4	Gewerbeflächen für Produktion und Dienstleistungen	52
2.5	Standort für Absatz durch Handel, Handwerk und Gastronomie	55
2.6	Berufliche Qualifizierung und lebenslanges Lernen	56
2.7	Hochschulen	58
2.8	Herkömmliche und digitale Infrastrukturen	60
2.9	Energie- und Wasserversorgung	62
3.	Bochum – Stadt in der Kulturlandschaft zwischen Ruhr und Ems	63
3.1	Die Kulturlandschaft gestalten	64
3.2	Die industrielle Prägung bewahren	65
4.	Bochum – auf dem Weg zur Europäischen Stadt in der Wissensgesellschaft mit seiner Industriekultur	67
4.1	Perspektiven der Bochumer Stadtentwicklung	67
a)	Gesamtstadt	70
b)	Stadtteile und Quartiere	71
c)	Denkmalschutz	73
4.2	Wohnraum in einer nachhaltigen stadträumlichen Entwicklung	73
4.3	Öffentlicher Raum	77
4.4	Mobilität: Fuß – Rad – Auto – ÖPNV, wirtschafts-, kinder-, alten- und behindertengerecht	78
5.	Bochum – seine Entwicklung im institutionellen und finanziellen Rahmen	82
5.1	BürgerInnenfreundliche Verwaltung	82
5.2	Kommunale Unternehmen	83
5.3	Institutionelle bürgergesellschaftliche Partizipation	84
5.4	Finanzielle Möglichkeiten	85
5.5	Bochum in NRW, in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union	86
a)	Bochum in NRW und Deutschland	86
b)	Bochum in der Europäischen Union	88
6.	Bochum – im Gespräch mit seinen BürgerInnen und allen, die es werden wollen	90
	Autorenverzeichnis	92

Karsten Rudolph

Vorwort

Bochum braucht Zukunft und Bochum hat Zukunft. Das ist mein Fazit, nach Lektüre des Berichts der unabhängigen Zukunftskommission, die von der SPD Bochum gebeten wurde, Anstöße für eine Debatte über die Zukunftsperspektiven unserer Stadt zu geben.

Klar wird: Die industrielle Vergangenheit wiegt schwer. Der Verlust von gut bezahlten Arbeitsplätzen hat Wunden geschlagen, die nur langsam heilen. Klar wird aber auch: Bochum hat sich immer wieder selbst erfunden. Und ist gerade heute kräftig dabei. Wer hätte gedacht, dass aus der



Zechenstadt eine Universitätsstadt werden könnte? Wer hätte gedacht, dass aus der Opelstadt eine Stadt der Dienstleistungen wird? Und wer hätte noch vor wenigen Jahren gedacht, dass Bochum wieder wächst, Wohnungen knapp und neue Schulen gebraucht werden?

Der Bericht der Zukunftskommission lädt ein zum Nachdenken und Mitreden. Ich bin der Kommission für die umsichtige und unablässige Arbeit an ihrem fulminanten Bericht sehr dankbar. Die Kommissionsmitglieder haben sich darüber hinaus bereit erklärt, uns als Referenten oder Gesprächspartner für Veranstaltungen in der Partei und Bürgergespräche zur Verfügung zu stehen. Dieses Angebot sollten wir nutzen, um daraus Gutes zu machen und zu unterstreichen: Wir, die SPD in Bochum, sind verliebt ins Gelingen und Gestalten – für ein Bochum, das auf dem Weg in die Zukunft niemanden zurücklässt, für ein Bochum für alle!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'K. Rudolph', written over a vertical line.

Prof. Dr. Karsten Rudolph
Vorsitzender der SPD Bochum

Bochum – hin zur europäischen Stadt in der Wissensgesellschaft mit Industriegeschichte

Bochum im Oktober 2017

Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Bochum hat am 14. Dezember 2015 eine Zukunftskommission eingesetzt, die eine breite Diskussion über die Zukunftsperspektiven Bochums anregen soll. Als Titel des von ihr erarbeiteten Berichts hat die Kommission „Bochum – hin zur Europäischen Stadt in der Wissensgesellschaft mit Industriegeschichte“ gewählt.

An der Arbeit der Kommission waren nicht nur Mitglieder der SPD beteiligt, sondern auch Persönlichkeiten, die der SPD nicht angehören. An den Sitzungen der Kommission haben **Christoph Zöpel** als Vorsitzender, **Jörg Bogumil**, **Torsten Bölting**, **Markus Dicks**, **Bastian Hartmann**, **Heike Kehlbeck**, **Dieter Kraemer**, **Thorsten Kröger**, **Jörg-Uwe Kuberski**, **Klaus Leuchtmann**, **Martin Oldengott**, **Heinz Rittermeier** und **Ulrich Wicking** teilgenommen. Zu einzelnen kommunalpolitischen Handlungsbereichen wurden als Informationspartner **Manfred Busch**, **Ulf Dannehl**, **Eckart Kröck**, **Ralf Meyer**, **Luidger Wolterhoff** eingeladen.

Der Bericht der Kommission ist den grundsätzlichen Werten und kommunalpolitischen Zielen der SPD verpflichtet, er geht aber perspektivisch über das aktuelle kommunalpolitische Handeln von in die Organe der kommunalen Selbstverwaltung Bochums gewählten Sozialdemokraten hinaus, wobei die „Bochum Strategie 2030“, die parallel zur Arbeit an diesem Bericht entstanden ist, allerdings einen Bezug darstellt. In diesem Sinne versteht sich die Kommission als unabhängig.

I Thesen zur Entwicklung der Stadt Bochum

1. In Bochum arbeiten die meisten Erwerbstätigen im **Dienstleistungssektor**. Industrielle Produktion ist zwar für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung, aber nur ein geringer Teil der Arbeitssuchenden wird dort arbeiten. Dem müssen die Arbeitsmarktpolitik und die Wirtschaftsförderung entsprechen.

2. Bochum braucht eine die ganze Stadt **umfassende Stadtentwicklungsstrategie**, die bauliche und funktionale Defizite der montanindustriellen Vergangenheit überwindet, hin zu „Bochum als einer europäischen Stadt mit Industriegeschichte in der Wissensgesellschaft“. In diesen übergreifenden Rahmen gehört die Fortentwicklung der stadt-räumlichen Bedingungen vieler Stadtteile – durch Verbesserung des Wohnungsbestands, den Neubau von Wohnungen unterschiedlicher Ansprüche, durch Regeneration abgewerteter Quartiere, durch nachhaltige Verbesserung der Mobilitätsverhältnisse, durch attraktivere Freizeit- und Freiraummöglichkeiten.

3. Bochum hat großartige Standortmöglichkeiten, die sich jetzt, 50 Jahre nach ihrer Gründung, durch die Ruhr-Universität im Verbund mit sieben anderen Hochschulen zur „UniverCity“ ergeben.

4. Bochum hat die Fähigkeit, neue Technologien, sozialökonomische Innovationen und schöpferische **Kreativität zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung** hervorzubringen.

5. In Bochum – in anderen Städten des „Ruhrgebiets“ noch ausgeprägter – gibt es **große sozialökonomische Unterschiede** zwischen Gruppen von EinwohnerInnen, die sich teilweise in den Strukturen von Stadtteilen niederschlagen. Dies zeigt sich insbesondere in den Unterschieden der Bildungschancen von Kindern. Dies muss überwunden werden.

6. Wichtig ist die Stärkung der **Identität der Stadt und ihrer Stadtteile** durch Förderung des Zusammenlebens unterschiedlicher gesellschaftlicher Milieus, durch gezielte Bewahrung vorindustrieller und industrieller Vergangenheit, durch vielfältige Kulturangebote.

II Bochum im „Ruhrgebiet“ – anders als andere große Städte und dabei benachteiligt

Das „Ruhrgebiet“, die Region zwischen Ruhr, Emscher und Lippe, die auch als Agglomeration Ruhr bezeichnet werden kann, und darin Bochum, ist zu einem städtischen Raum mit Millionen EinwohnerInnen geworden, weil nach Erfindung der Dampfmaschine Kohle aus großen Tiefen gefördert werden konnte und Stahlproduktion hier energienah erfolgte. Die dabei entstandene Siedlungsstruktur war weitgehend ungeplant. Vorindustrielle gebaute Kultur konnte nur mühsam bewahrt werden. Das „Ruhrgebiet“ und Bochum entwickelten sich gegenüber großen Städten, die schon vor der Industrialisierung als Dienstleistungsstandorte entstanden waren, erkennbar benachteiligt; ihr Image war eher negativ. Die bescheidene gründerzeitliche Urbanität vom Ende des 19. Jahrhunderts wurde dann im Zweiten Weltkrieg weitgehend durch die Bombardements der Westalliierten vernichtet.

Zum Wiederaufbau Westdeutschlands wurden Steinkohle und Stahl benötigt. Das „Ruhrgebiet“ wurde so zum Rohstofflieferanten für andere Städte und Regionen. Das geschah in Zeiten nachkriegsbedingten Mangels an Arbeitskräften, der durch Zuzug von Vertriebenen und Zuwanderung aus anderen Teilen Westdeutschlands ausgeglichen wurde. Bald wurden auch Arbeiter aus dem Ausland, einschließlich muslimischer Türken, eingeladen. 1957 begann dann der Bedeutungsverlust der Montanindustrie.

1 Sozialökonomische Entwicklung

Schon in der Wiederaufbauzeit blieb Bochum, wie alle Städte zwischen Ruhr, Emscher und Lippe, gegenüber anderen großen Städten in Deutschland benachteiligt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Wohnbevölkerung war bereits 1957 – d. h. vor Beginn des Bedeutungsverlusts der Montanindustrie – niedriger als in anderen großen Städten. 1961 – d.h. nach Beginn des Bedeutungsverlustes der Montanindustrie – waren die Unterschiede bereits deutlich angestiegen. Diese Unterschiede sind geblieben, ja jahrelang noch weiter angestiegen.

Benachteiligungen über mehr als hundert Jahre lassen sich auch in Jahrzehnten nur schwer ausgleichen. Dieser aufholende Ausgleich muss aber das Ziel für die jetzt kommenden Jahrzehnte sein, für alle Städte zwischen Ruhr, Emscher und Lippe, mit notwendiger Unterstützung der Politik des Landes NRW, des Bundes und der Europäischen Union.

Das verdeutlicht diese Tabelle:

Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Wohnbevölkerung

	DM 1957	DM 1961	Euro 2014	Euro 2015
BOCHUM	5.990	6.520	32.275	31.447

Außerhalb der Agglomeration Ruhr haben die allermeisten großen Städte 2015 ein höheres **BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung**

	DM 1957	DM 1961	Euro 2014	Euro 2015
FRANKFURT	8.510	11.460	92.367	92.229
MÜNCHEN	6.720	9.160	70.320	72.356
DÜSSELDORF	7.900	9.480	77.555	78.505
KARLSRUHE	5.730	8.130	59.775	61.728
HAMBURG	7.300	9.900	59.958	60.912
KÖLN	6.350	8.510	54.703	58.894
HEIDELBERG	4.350	6.330	52.569	52.108
BREMEN	7.000	8.160	47.434	49.353
FREIBURG	4.890	6.700	46.832	48.444
BRAUNSCHWEIG	4.360	6.330	43.301	42.070
OLDENBURG	3.760	5.280	41.178	41.628
WILHELMSHAVEN	2.510	3.790	39.970	37.461
LÜBECK	4.300	6.110	37.492	36.016
BREMERHAVEN	3.370	4.450	36.743	33.902

Ein niedrigeres BIP als Bochum haben:

MÖNCHENGLADBACH	4.610	5.890	30.713	31.363
SOLINGEN	4.780	6.270	29.175	30.126

In der Agglomeration Ruhr haben ein höheres BIP als Bochum:

ESSEN	5.540	6.410	44.555	41.787
DORTMUND	5.180	7.180	35.120	35.542
DUISBURG	7.320	8.440	34.392	34.230
HAGEN	5.830	7.370	32.817	32.851
MÜLHEIM AN DER RUHR	6.170	6.580	34.597	33.210

Ein niedrigeres BIP als Bochum innerhalb der Agglomeration Ruhr haben dagegen:

GELSENKIRCHEN	5.180	6.780	29.716	29.156
OBERHAUSEN	5.460	5.490	27.733	27.945
HERNE	3.510	3.830	22.562	23.003
BOTTROP	3.640	4.260	19.978	20.309

Quellen: Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter: Sozialproduktberechnung der Länder Heft 3, Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise 1957 bis 1966, 1968.

2014: Statistisches Bundesamt 2015 (Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M.).

2015: Statistisches Bundesamt 2016 (Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M.).

Dieser Eindruck relativiert sich etwas beim Vergleich anderer Indikatoren. Unter den 39 Städten mit mehr als 200.000 EinwohnerInnen (EW) belegt Bochum Plätze zwischen 21 und 33:

- Verfügbares Einkommen pro EinwohnerIn (EW) Platz 24
- Anstieg d. Verfügbaren Einkommens pro EW (2004-2014) Platz 12

• Steuerkraft je EW	Platz 28
• Gewerbesteuer je EW	Platz 31
• Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen	Platz 29
• Veränderung des BIP je Erwerbstätigen (2004-2014)	Platz 30
• Bruttoinlandsprodukt (BIP) je EW	Platz 33
• Veränderung des BIP je EW (2004-2014)	Platz 25
• Hochqualifizierte am Arbeitsort	Platz 33
• SGB II-BezieherInnen	Platz 22
• Arbeitslosenquote	Platz 21

Noch heute ist Bochum geprägt von der montanindustriellen Vergangenheit, das gilt vor allem auch städtebaulich, dazu **Abschnitt V.4.**

2 Schwerpunkte der Veränderung

Die zunächst gravierenden sozialökonomischen Auswirkungen konnten nur allmählich gestoppt und zum Teil überwunden werden. Entscheidend dabei waren:

- sozialökonomisch zunächst die soziale Abfederung der Beschäftigungsrückgänge im Bergbau durch die IG Bergbau und Energie, finanziert durch den Bund und das Land NRW; ohne diese gäbe es heute wesentlich tiefere soziale Verwerfungen im „Ruhrgebiet“,
- zukunftsorientiert auf dem Weg in die Wissensökonomie, dann die Gründung der Ruhr-Universität 1965,
- städtebaulich die Entwicklung von Anfängen urbaner Identität,
 - durch Wahrnehmung des vorindustriellen baukulturellen Erbes – so die Stiepeler Dorfkirche, Propsteikirche, St. Videntiuskirche in Harpen, das Haus Kemnade,
 - durch gebaute Kultur der jüngeren Zeit – so das Schauspielhaus, der Kemnader Stausee, das Kunstmuseum und Museum unter Tage, Starlight Express sowie jüngst das Musikzentrum,

- durch Bewahrung und Nutzung industrieller Denkmale – so der Förderturm auf dem Bergbaumuseum, die Zeche Hannover in Hordel als Teil des Westfälischen Industriemuseums, der Förderturm Robert Müser in Werne, der Westpark mit der Jahrhunderthalle.

Mit dem Weg in die Wissensökonomie sind neue Technologien und daraus resultierende Innovationen sowie deren Umsetzung in Produkte und Dienstleistungen mitentscheidend für die sozioökonomischen Perspektiven Bochums geworden.

3 Bochum integriert in die Region zwischen Ruhr, Emscher und Lippe

Die Region zwischen Ruhr, Emscher und Lippe, das „Ruhrgebiet“ hat seit 1920 mit der Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk eine besondere kommunale Klammer erfahren, die das Handeln der einzelnen Kommunen koordinieren kann. 1925 und 1975 fanden Eingemeindungen statt, die auch Bochum zu seiner jetzigen Größe gebracht haben. 1975 erfolgte die Eingliederung Wattenscheids. Die Wirkungen lassen sich kontrovers diskutieren. Weitere Zusammenschlüsse sind heute kaum zweckmäßig. Erforderlich sind die Weiterentwicklung des Regionalverbandes Ruhr und verstärkte kommunale Kooperation.

2015 hat das Gesetz über den Regionalverband Ruhr die Möglichkeiten der kommunalrechtlich verfassten Zusammenarbeit der Städte zwischen Ruhr und Emscher verbessert. Bis zu den ersten Direktwahlen zur Verbandsversammlung können nun Erfahrungen mit den neuen Aufgaben gewonnen werden. Daneben gibt es vielfältige Bereiche interkommunaler Zusammenarbeit, sowohl aller Städte, die Mitglied des RVR sind, wie zwischen einzelnen von ihnen. Für Bochum ist die seit 1920 bestehende BOGESTRA ein gutes Beispiel; Bochum arbeitet hier mit Gelsenkirchen zusammen. Eine verbesserte Kooperation mit der Verkehrsgesellschaft Ennepe-Ruhr ist jüngst entstanden.

Der Druck, interkommunale Kooperationen der Städte in der Metropole Ruhr auszubauen, steigt aufgrund des Wunsches nach einer stärkeren gemeinsamen „Positionierung nach außen“ im Prozess der Europäisierung und Globalisierung und angesichts der schwierigen kommunalen Finanzsituation. Der Ausbau der interkommunalen Kooperation ist zudem wichtig, um die Steuerung und Koordinierung der Metropole Ruhr zu verbessern.

Ursachen ausbleibender Verbesserungen liegen in der Größe der Metropole Ruhr, in ihrer Polyzentralität und in lokalen Animositäten. Diese Einschätzung trifft aber nicht auf alle Politikfelder zu, denn in den Bereichen des Abwassers, der Abfallentsorgung oder der regionalen Wirtschaftsförderung gibt es z. T. langjährige gute Zusammenarbeit. Zudem gibt es einige ermutigende Signale in den letzten Jahren. Dies gilt es weiter auszubauen. So ist z. B. die Entwicklung von Mark 51°7 (ehemalige Opelfläche) keine rein Bochumer Angelegenheit. Das zeigte sich in der Förderung durch das Land – gerechtfertigt, weil sich angesichts der Größe und Zentralität des Geländes eine Chance für die gesamte Metropole Ruhr ergibt.

Um die interkommunale Zusammenarbeit weiter auszubauen, sind institutionelle Lösungen zu finden, die zwischen den Städten in und um die Metropole herum Arbeitsteilung, Profilbildung und Zusammenarbeit ermöglichen. Die weitere Ausgestaltung interkommunaler Kooperationen der großen polyzentrischen Metropole Ruhr sollte sich an Modelle einer „funktionalen regionalen Governance“ anlehnen. Damit ist eine von den Aufgaben abhängige, variable räumliche Zusammenarbeit gemeint. Das heißt, je nach Politikfeld muss die Kooperation nicht immer alle Kommunen betreffen und muss auch nicht auf den Raum des RVR beschränkt sein.

Interkommunale Zusammenarbeit wächst am besten durch Kooperationserfahrungen und Vertrauen der kommunalen Gebietskörperschaften zueinander. Wenn dies nicht von alleine geschieht, was in polyzentrischen Regionen nicht selten der Fall ist, braucht es auch externe Hilfen durch Expertise und/oder Druck.

Expertise könnte über die Aufbereitung von Erfahrungen funktionierender interkommunaler Zusammenarbeit in wichtigen Politikfeldern den Städten zur Verfügung gestellt werden, um die Chancen einer interkommunalen Zusammenarbeit zu verdeutlichen und den Druck für Veränderungen zu erhöhen.

Druck entsteht vor allem aus der immer größer werdenden Finanznot der Kommunen in der Metropole Ruhr, da diese die sich auftürmenden Haushaltsdefizite aus eigener Kraft nicht abbauen können. Interkommunale Zusammenarbeit kann diese Defizite nicht beseitigen, aber dazu beitragen, die vorhandenen Ressourcen effizienter einzusetzen.

Für **morgen** kann Bochum diese Veränderungen der wirtschaftlichen, sozialen und stadträumlichen Verhältnisse nutzen, um neue Möglichkeiten **entlohnter Arbeit** zu bekommen. Dabei sind Produktionsunternehmen, die wettbewerbsfähig sind, zu erhalten und möglichst zu stärken. Die meisten Arbeitsplätze sind allerdings im **Dienstleistungsbereich** entstanden – unternehmensnah sowie haushaltsnah – und werden dort weiter entstehen – innovativ besonders in den Bereichen Gesundheit und Informationstechnologien. Ganz wesentlich trägt dazu bei, dass der Anteil erwerbstätiger Frauen gegenüber den montanindustriell geprägten Jahrzehnten radikal gestiegen ist; Frauen arbeiteten nicht im Bergbau oder in der Stahlindustrie, sondern erbrachten auch früher Dienstleistungen, zumeist unentlohnt zu Hause, bedingt auch durch wesentlich höhere Kinderzahlen bei vergleichsweise unterentwickelten Einrichtungen frühkindlicher Erziehung.

Innovative Produktionsverfahren und Industrie 4.0. bieten Chancen, produzierende Unternehmen in Bochum zu halten und neue anzusiedeln, so auf Mark 51⁷ (ehemalige Opel-Fläche). Allerdings führen die dazugehörigen Produktivitätssteigerungen nicht immer zu zusätzlichen Arbeitsplätzen. Zu den Voraussetzungen steigender Wertschöpfung und steigender Anzahl von Beschäftigungsplätzen gehören verbesserte Lebens- und Wohnbedingungen für unterschiedliche Ansprüche.

Übermorgen kann Bochum – integriert in die Metropole Ruhr – Lebensverhältnisse erreichen, die in anderen europäischen Metropolen erreicht sind und angestrebt werden. Die aufkommende Digitalisierung und intelligente Vernetzungen bieten Möglichkeiten für eine bessere Nutzung und Weiterentwicklung der städtischen Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Energie und Verkehr. Die Benachteiligungen Bochums wie der anderen Städte zwischen Ruhr, Emscher und Lippe schlagen sich bis in die Gegenwart in ihrer Finanznot nieder. Das erschwert die Umsetzung vieler Erfordernisse, die heute, morgen und übermorgen gegeben sind. Ob sie erfüllt werden können, hängt auch von der Überwindung dieser Finanznot ab, durch die entsprechende Politik des Landes NRW wie des Bundes. In den einzelnen kommunalpolitischen Bereichen wird nicht jeweils auf diese fiskalischen Erschwernisse eingegangen, die dazu gehörigen Vorschläge sind in **Abschnitt 5** enthalten.

III Bochum für alle

Erforderlich ist eine Stadtpolitik für alle EinwohnerInnen Bochums, die sich heute, morgen und übermorgen hier wohlfühlen sollen. Dazu gehören auch Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen, zeitweise hier leben. Dabei leben sie in unterschiedlichen sozialen Verhältnissen und haben unterschiedliche Ansprüche an die Stadtpolitik. Das soziale Spektrum geht von wohlsituierten Lebensverhältnissen von Familien und Einzelnen bis hin zu unterschiedlichen Modellen von Lebensgemeinschaften, besonders mit Kindern, und Altersarmut auch in Vereinzelung. Kommunale Politik kann dabei die sozialen Transferleistungen des Bundes und des Landes NRW nur ergänzen. Sie ist allerdings verantwortlich für die Umsetzung der bundesgesetzlich geregelten Sozialhilfe (SGB). Ihre entscheidende Ressource sind besonders die in den Kommunalverwaltungen arbeitenden Menschen, die sich um die Probleme sozial Schwächerer und allgemein Hilfsbedürftiger sorgen.

Unterschiedliche Ansprüche an die Kommunalpolitik sind auch durch unterschiedliches Lebensalter bedingt. Wie in ganz Europa steigt die Lebenserwartung; ältere Menschen benötigen ihnen gerechte Lebensverhältnisse im privaten wie öffentlichen Bereich. Die durchschnittlich geringe Zahl von Kindern pro Mutter macht besondere kommunale Anstrengungen für deren schon frühkindliche soziale Integration erforderlich, das gilt auch wegen der gesellschaftlich erstrebenswerten Berufstätigkeit der Mütter.

Für eine Stadtpolitik für alle EinwohnerInnen Bochums ist das Engagement von BürgerInnen erforderlich, die auch Schwächeren und Hilfsbedürftigen – Eltern und Kindern, Älteren und Behinderten – Solidaritäten geben. Nur so kann Stadtpolitik sozialintegrativ sein.

Eine Voraussetzung für soziales Engagement ist öffentlicher Raum, für den die Kommunalpolitik Verantwortung trägt. Öffentlicher Raum sind zunächst Plätze und Parks, in der wärmeren Jahreszeit allerdings besser nutzbar, deshalb muss es auch Bürgerhäuser oder andere Räume geben, die vor allem im Winter unverzichtbar sind. Sie können Eigentum der Stadt sein, es können aber auch Räume in gastronomischen und anderen gewerblichen Betrieben sein, deren Wirtschaftlichkeit im Interesse der Stadtpolitik liegen muss.

IV Bochums kommunale Selbstverwaltung mit demokratischen Parteien

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Entwicklung Bochums politisch maßgeblich gestaltet im demokratischen Wettbewerb von Parteien, die ihre Aufgaben im Rahmen der im Grundgesetz und in der Landesverfassung garantierten kommunalen Selbstverwaltung erfüllten. Die SPD wurde dabei durch die Wahlergebnisse besonders zur Verantwortung legitimiert. Alle Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren waren ihre Mitglieder, über Jahrzehnte hatte sie die absolute Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung bzw. im Rat.

Über Jahrzehnte hatte die SPD eine hohe Zahl von Mitgliedern, deutlich mehr als alle anderen Parteien. So war sie der gesellschaftliche Ort stadtpolitischer Diskussionen, BürgerInnen hatten in Mitgliedern der SPD, ihren OberbürgermeisterInnen und Ratsmitgliedern, ihre stadtpolitischen AnsprechpartnerInnen. In ganz Deutschland haben sich die gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten der Parteien in den letzten Jahren verändert. So hat die SPD in Bochum heute noch über 4.000 Mitglieder und ist damit weiter die mit Abstand mitgliederstärkste Partei. Allerdings sind es deutlich weniger Mitglieder als in früheren Jahrzehnten, als ihre Zahl die 10.000 überstieg. Das Parteienspektrum ist breiter geworden. Im Rat bildet die SPD seit 1999 gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen die Mehrheit. Diese Entwicklung hat auch den gesellschaftlichen Rahmen der stadtpolitischen Diskussion verändert. Parteien müssen für ihre Vorstellungen und Ziele trotz weniger Mitglieder intensiver die Diskussion mit interessierten und engagierten BürgerInnen suchen.

Breiteres bürgergesellschaftliches Engagement auch für Stadtpolitik ändert allerdings zu Recht nicht das **Prinzip der repräsentativen Demokratie**: Durch Wahlen legitimierte Abgeordnete und Ratsmitglieder treffen und verantworten die **bindenden politischen Entscheidungen**. Alle Erfahrungen, nicht nur in Deutschland, zeigen, dass für eine erfolgreiche repräsentative Demokratie Parteien ausschlaggebend sind. Deshalb bemüht sich die SPD Bochum im Wettbewerb mit anderen

Parteien auch weiterhin, gewählt und damit demokratisch verantwortlich gestalten zu können – gestützt auf das dauerhafte Gespräch mit den BürgerInnen der Stadt, deren Vorstellungen aufnehmend. Auch wenn das schwieriger sein kann, als die Erörterung einzelner Probleme, muss dabei die Konzentration auf strategische Schwerpunkte und langfristige Perspektiven möglich werden.

V Sechs stadtpolitische Handlungsfelder

Die Kommission sieht sechs vordringliche Handlungsfelder.

- 1 Bochum – als nachhaltiger Lebens- und Sozialraum
- 2 Bochum – als Wirtschafts-, Arbeits- und Qualifizierungsstandort
- 3 Bochum – als Stadt in der Kulturlandschaft zwischen Ruhr, Em-scher und Lippe
- 4 Bochum – auf dem Weg zu einer europäischen Stadt in der Wis-sensgesellschaft mit Industriegeschichte
- 5 Bochum – die Entwicklung im institutionellen und finanziellen Rahmen
- 6 Bochum – im Gespräch mit seinen BürgerInnen und allen, die es werden wollen

1 Bochum – als nachhaltiger Lebens- und Sozialraum

Bochum ist ein städtischer, **ein urbaner Lebensraum** mit rund 371.100 EinwohnerInnen (2016). Dabei versteht sich Bochum als eine Stadt für **alle EinwohnerInnen**, bei **unterschiedlichen sozialen Lebensverhältnissen**. Mehr als 130.000 Menschen (III. Quartal 2017) gehen einer Erwerbsarbeit nach, rund 18.900 (Stand Juli 2017) Menschen sind arbeitslos. Die Mehrheit der EinwohnerInnen ist erkennbar nicht am Erwerbsleben beteiligt – noch jung, schon alt, behindert, arbeitslos oder auch durch freie Entscheidung.

Die für Erwerbsarbeit eingesetzte Zeit hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verringert. Kommunalpolitik im Interesse entlohnter Arbeit ist daher gleichgewichtig mit Kommunalpolitik zur Verbesserung der Lebensbedingungen in erwerbsarbeitsfreier Zeit; dabei sind in Erwerbsarbeit Tätige von beiden Bereichen betroffen. Lebensbedingungen in erwerbsarbeitsfreier Zeit beginnen mit dem Bildungsangebot für Kinder und reichen bis zu den Tätigkeitsmöglichkeiten Älterer; dazu gehört die Angleichung sozialer Unterschiede in einem städtischen Lebensraum, in dem das Zusammentreffen aller EinwohnerInnen attraktiv ist. Die Aufwertung sozialschwacher Stadtquartiere

und die dauerhafte Sicherung sozial durchmischter Quartiere dienen dabei beiden Handlungsbereichen.

Zum nachhaltigen Lebens- und Sozialraum Bochums gehören so Wohnen, Nahversorgung öffentlicher Raum und die Mobilität. Diese Politikbereiche werden im **Abschnitt 4** erfasst.

1.1 Nachhaltige Integration von Lebensraum und Wirtschaftsstandort

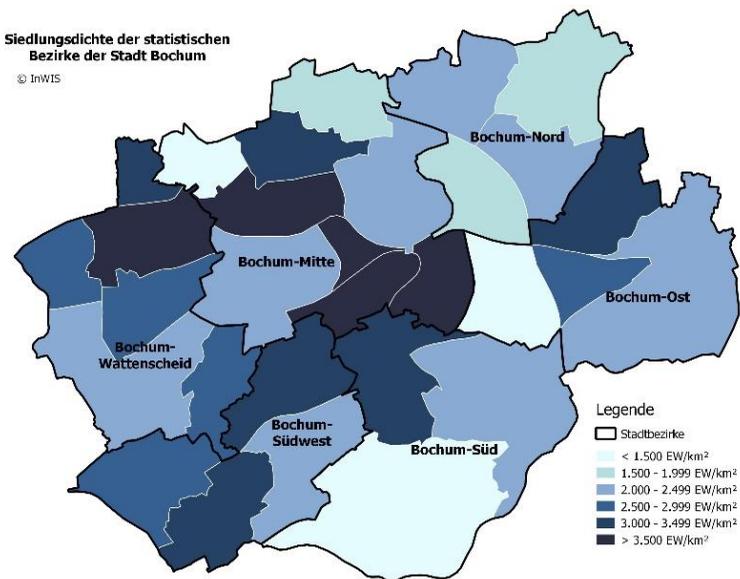
Lebensraum und **Wirtschaftsstandort** einer Stadt lassen sich nicht trennen. Das Verständnis von nachhaltiger Entwicklung bestätigt das. Seit der Konferenz von Rio 1990 sind Ziele der Nachhaltigkeit in die Bochumer Stadtpolitik eingeflossen, auch befördert durch bürgerschaftliches Engagement. Die **Sustainable Development Goals 2015** der Vereinten Nationen sind ein neuer Anstoß globale Ziele nachhaltiger Entwicklung in lokales Handeln umzusetzen. Bürgergesellschaftliches Engagement wird es dazu verstärkt geben.

Heute

Nachhaltigkeit hat vier Dimensionen: die ökologische, die ökonomische, die soziale und die kulturelle.

Grundlage nachhaltiger ökologischer stadträumlicher Entwicklung ist die Verfügbarkeit und Bewahrung von Freiraum. Allerdings ist diese Nachhaltigkeit in städtischen Räumen bei unterschiedlicher Siedlungsdichte möglich und dabei differenziert zu gestalten. Ökologische Vorteile geringerer Siedlungsdichte stehen in einem Spannungsverhältnis zu wirtschaftlicher Stärke und gesellschaftlicher Attraktivität. Der Vergleich der Siedlungsdichte zwischen Bochum einerseits, Paris, London und München andererseits zeigt das exemplarisch: Paris hat 21.070, London 5.430, München 4.470 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer – Bochum dagegen 2.540.

In Bochum gibt es in Bezug auf die Siedlungsdichte große Unterschiede zwischen den sechs Bezirken: Mitte 3.150, Wattenscheid 3.010, Südwest 2.810, Ost 2.270, Nord 1.940, Süd 1.860 (jeweils EinwohnerInnen pro Quadratkilometer). Zumindest in einigen Stadtteilen ist Bochum nicht übermäßig dicht besiedelt. Diese Siedlungsstruktur hat zur Ausbildung weiten wohnungsnahen Binnengrüns geführt. Grünzüge sind aus Wohngebieten schnell zu erreichen und genießen – selbst bei qualitativen bzw. gestalterischen Defiziten – einen hohen Erholungswert für die Bevölkerung in allen Stadtteilen, selbst am Rande der Innenstadt.



Die Ränder zwischen der Besiedlung und der Landschaft weisen eine hohe ökologische Wertigkeit auf. Hier findet sich häufig eine reichere Pflanzenvielfalt als in der industriell bewirtschafteten Agrarlandschaft. Sechs dieser grünen Binnenräume sind Naturschutzgebiete, dazu kommen Landschaftsschutzgebiete, Fließgewässer und Stehende Gewässer.

Die Kulturlandschaftlichen und sozialökonomischen Bedingungen in Bochum zeigen, dass sich Nachhaltigkeit nicht auf Freiraumpolitik beschränken kann. Unvermeidbare Flächeninanspruchnahme für Zwecke des Wohnens und Wirtschaftens muss sich auf die ökologisch sinnvolle Nutzung der entsprechenden Standorte richten. Nicht überbaute Flächen sind ökologisch hochwertig zu gestalten. Grün an und auf Gebäuden muss zur Norm werden. Die im Vergleich zu anderen großen Städten gravierenden sozialen, ökonomischen und baukulturellen Herausforderungen Bochums machen es erforderlich, soziale, ökonomische und kulturelle Nachhaltigkeit mit ökologischer gleichgewichtig zu beurteilen und entsprechend zu verbinden.

Die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit manifestiert sich global im Kampf gegen Klimaerwärmung und CO₂-Emissionen. Das ist auch für Bochum eine Selbstverständlichkeit. Bereits 1994 trat Bochum dem Klimabündnis „Alianza del Clima“ bei. 2009 wurde vom Rat das „Energie- und Klimaschutzkonzept Bochum 2020“ beschlossen, das bis heute gültig ist. Bis 2030 wird hier eine CO₂-Reduktion um mindestens 50 % bezogen auf 1990 angestrebt. 2009 wurde Bochum durch den European Energy Award mit Gold ausgezeichnet. 2012 wurde das Klimaanpassungskonzept Bochum erstellt. Es stellt die Möglichkeiten der Anpassung an den Klimawandel heraus, die vor allem in mehr Grün und mehr offenem Wasser bestehen. Schließlich erstellten die Stadt Bochum und die Stadtwerke Bochum gemeinsam das „Energie- und Klimaschutzkonzept“ Bochum 2030. Dabei sind die CO₂-Emissionsminderungsziele erhöht: bezogen auf 1990 bis 2030 um 65 %, bis 2050 um 85 %. Grundlage der dazu erforderlichen Maßnahmen sind die Fakten des Endenergieverbrauchs. Von den 2014 insgesamt rund 8,3 Millionen MWh entfielen 37 % auf den Verkehr, 31 % auf die Wirtschaft, 30 % auf die Haushalte, 2 % auf kommunale Liegenschaften.

Morgen

Zur weiteren Stärkung der nachhaltigen ökologischen räumlichen Entwicklung bleibt der „Masterplan Bochum – Freiraum“ Grundlage – einbezogen in den Regionalen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr des Jahres 2010. Er sollte in einer umfassenden Stadtentwicklungsstrategie und deren schrittweise Umsetzung integriert werden. Bei allen Baumaßnahmen muss mehr Grün und mehr offenes Wasser eine unabdingbare Forderung sein. Die Bewahrung und Ergänzung der Naturschutzgebiete ist dabei eine Voraussetzung. Der Schutz von Naturdenkmälern und ihre öffentliche Wahrnehmung gehören dazu. Die Renaturierung der Emscher-Nebenläufe ist auch klimapolitisch unverzichtbar.

Für die klimabezogene Politik ist das „Energie- und Klimaschutzkonzept“ Bochum 2030 eine Grundlage, der kaum etwas hinzuzufügen ist. Entscheidend ist seine Umsetzung. Offenkundig muss der Schwerpunkt auf der lokalen Verkehrspolitik liegen, **dazu V.4.4**. Bei der Wirtschaftsförderung ist zu beachten, inwieweit Grundstücke auch unter der Auflage energieeffizienter Produktionen und Dienstleistungen vergeben werden. Die Zunahme des Dienstleistungssektors bietet hier Chancen; die Energieeffizienz der Logistikbranche ist aber eine Herausforderung.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Im nächsten Jahrzehnt bietet die Internationale Gartenausstellung (IGA) Ruhr 2027 auch für Bochum neue Möglichkeiten, nachhaltige Entwicklung mit der Konzentration auf die ökologische Dimension zu verwirklichen. Das ökologische Erbe der Gründungszeit des SVR (Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk) – die regionalen Nord-Süd-Grünzüge – soweit sie Bochum betreffen, zwischen Essen und Bochum, von Herne nach Weitmar und von Castrop ins Ölbachtal, sollten dabei stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

Überlegungen, dass Bochum Teil einer „Grünen Metropole Ruhr“ werden könnte, sind angebracht - nach dem vorauslaufenden Beispiel

Essens, das Grüne Hauptstadt Europas 2017 geworden ist. Der Bürgermeister von London, Sadiq Khan, muslimischer Sohn eines pakistanischen Migranten, will London bis 2050 zur weltweit ersten Stadt machen, die ein „National **Park**“ ist. Aufbauend auf der IBA Emscher „**Park**“ kann die Metropole Ruhr - mit Bochum als einem ihrer innovativen Protagonisten - mit London dazu in Wettbewerb treten.

1.2 Bevölkerungsentwicklung mit dem Ziel einer stabilen Einwohnerzahl

Durch Jahrzehnte ist die Einwohnerzahl Bochums und aller Städte zwischen Ruhr und Emscher zurückgegangen – Folge des Bedeutungsverlusts der Montanindustrie und der geringeren urbanen Qualität im Vergleich zu anderen Metropolen. Seit 2015 ist endlich eine Umkehr dieses Trends durch Wanderungsgewinne sowohl innerhalb Deutschlands und der Agglomeration Ruhr als auch aufgrund der hohen Zahl von Flüchtlingen zu verzeichnen.

Heute

Der weitere Anstieg der Einwohnerzahl ist ein erklärtes Ziel: Bochum soll wachsen – in seiner Bevölkerungszahl und in seiner Wirtschaftskraft. Die Geburtenrate wird auch langfristig unter zwei Kindern liegen und daher ist ein positiver Wanderungssaldo aus vielen Regionen Deutschlands und aus anderen Ländern erforderlich. Die wirtschaftliche Entwicklung hin zu Dienstleistungen, die eher in großen Städten erbracht werden, sowie die Magnetwirkung der acht Hochschulen unterstützen diesen Trend.

Morgen

Der steigenden Einwohnerzahl müssen wohnungspolitische Maßnahmen folgen. Das gilt für den freifinanzierten wie den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Seit Jahrzehnten wächst in der Bundesrepublik Deutschland die Wohnfläche pro EinwohnerIn jährlich um einen hal-

ben Quadratmeter pro Kopf. Dabei war und ist die Wohnfläche pro Einwohner in Bochum wie generell in den Städten zwischen Ruhr, Emischer und Lippe deutlich kleiner als in weniger dicht besiedelten Kommunen. Das erfordert zusätzlichen Wohnungsbau in Bochum. Die Umwandlung kurzfristiger Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge in dauerhaften Wohnraum ist daran gemessen ein Randproblem.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Bis 2050 sollte die Zahl der EinwohnerInnen mit Blick auf die weiterhin niedrige Geburtenrate mindestens auf dem Niveau von 2015, also bei ca. 360.000 EinwohnerInnen gehalten werden. Auf der Grundlage der Bevölkerungsprognosen für die Bundesrepublik Deutschland lässt sich dazu ein quantitatives Szenario zeichnen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland würde bei einem durchschnittlichen jährlichen Wanderungssaldo von 300.000 ZuwanderInnen bei 80 Millionen stabil bleiben. Auf Bochum heruntergerechnet, wäre demnach ein positiver Wanderungssaldo von etwa 1.400 Zuwanderern jährlich erforderlich, um auch 2050 noch 360.000 EinwohnerInnen zu haben. Dieser Wanderungssaldo kann im kommenden Jahrzehnt zu einer höheren Einwohnerzahl führen, die an 400.000 heranreicht. Nach etwa 2030 werden ZuwanderInnen aber den Rückgang der länger ansässigen Einwohnerschaft nicht mehr ausgleichen können.

1.3 Soziale Integration und Inklusion

In Westeuropa ist **Sozialstaatlichkeit** die Grundlage sozialer Inklusion und Integration. Sie ist der Rahmen sozialen Zusammenhalts, der in verwandtschaftlichen, nachbarschaftlichen und gruppenzugehörigen Beziehungen besteht. Umso näher diese Beziehungen sind, umso wichtiger wird der lokale und räumliche Bezug. Hier liegt die Verantwortung kommunaler Politik für soziale Inklusion und Integration, so auch in Bochum.

Inklusion bedeutet Miteinbezogenheit, gleichberechtigte Teilhabe. Jeder Mensch soll die Möglichkeit erhalten, sich an gesellschaftlichen

Prozessen zu beteiligen, unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter. Dabei geht es um das Miteinander, nicht um das Anpassen Einzelner an Andere, sondern um das Verhalten der lokalen Gemeinschaft.

Inklusion und Integration auch in Bochum können nur gelingen, wenn die positiven Wirkungen für das Miteinander in Bochum und seinen Quartieren erkannt werden. Das muss kommunale Politik vermitteln. Es ist dann bürgergesellschaftliche Aufgabe, Hindernisse für Inklusion und Integration zu erkennen und zu überwinden. Wie in jeder Kommune gilt das für Menschen mit Behinderung – kommunale Politik, aber mehr noch gelebte Mitmenschlichkeit aller sind hier verantwortlich. Gleichfalls ein stadtgesellschaftliches Erfordernis ist die Integration der Kinder geworden. Sozialökonomische Verhältnisse mit berufstätigen Müttern haben die Fürsorge für kleinere Kinder aus der Großfamilie in weitere verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Beziehungen verschoben. Mehrgenerationenhäuser können dabei helfen. In soziale Verantwortung hineinwachsende Kinder sind eine Voraussetzung guter sozialökonomischer Entwicklung.

Heute

Soziale Integration in Bochum - wie generell in den Städten zwischen Ruhr, Emscher und Lippe - ist belastet mit dem Übergang von montanindustriellen hin zu wissenschaftlichen Strukturen. Die Lernleistungen, die dabei Älteren abverlangt werden, deren Leben geprägt war von montanindustriellen Bedingungen, gehen über Erfahrungen früherer Generationen weit hinaus. Diese Veränderungen der Lebensbedingungen zu erklären und deren Vorteile für Jüngere und folgende Generationen zu vermitteln, ist eine besondere Aufgabe sozialer Inklusion im „Ruhrgebiet“. Gewerkschaften und auch Kirchen sind hierbei weiter gefordert.

Bereits 2013 hat der Rat einen Grundsatzbeschluss zur Inklusion gefasst, der Handlungsperspektiven aufgezeigt hat. Dem folgend hat die Stadtverwaltung 2017 eine Inklusionsbeauftragte bestellt. Im Bildungs-

bereich findet an allen Grundschulen und an fünfzehn weiterführenden Schulen gemeinsames Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern statt.

Durch den Abbau vielfältiger Barrieren sind Behinderte beim Wohnen, in der Freizeit und auch auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr sozial benachteiligt.

Morgen und Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Die kommunale Inklusionspolitik muss noch vertieft werden und bedarf der planmäßigen Fortentwicklung und Evaluierung. Dazu hat der Rat Ende 2006 die Erarbeitung eines Inklusionsplans beschlossen. Unstreitig bleibt, dass behinderte Menschen und noch nicht integrierte MigrantInnen mitgenommen werden müssen. Es geht aber auch um Menschen, die in Folge des sozialökonomischen Wandels keine Perspektiven mehr für sich sehen.

1.4 Zuwanderung und ethnische Vielfalt

Alle großen Städte sind durch Zuwanderung entstanden. Das montan-industrielle „Ruhrgebiet“ wäre ohne sie nicht möglich geworden. Der mit dem Ende der Montanindustrie verbundene Einwohnerrückgang hat auch den Anteil von MigrantInnen nicht wesentlich weiter steigen lassen. Metropolitane Eigenschaften machen aber auch Bochum für Zuwanderung wieder attraktiv. 2015/16 nahm die Migration durch den Zustrom von völkerrechtlich anerkannten Flüchtlingen zu.

Heute

Der Flüchtlingszustrom 2015/16 wird in Bochum durch ein anzuerkennendes Engagement von Stadtverwaltung, von Sozialverbänden und von BürgerInnen bewältigt. Die hohen Flüchtlingszahlen aus dem Jahr 2015 haben sich mittlerweile deutlich reduziert. Die Probleme der Unterbringung von Flüchtlingen in vielen Notunterkünften wie Turnhallen sind größtenteils behoben, so dass jetzt die Integration der Flüchtlinge besser möglich wird. Sie erfordert Anstrengungen in den Be-

reichen Sprachförderung, Bildung, Wohnen und soziale Integration in den Wohnquartieren. Die Flüchtlingsbüros der Stadt sind hierbei eine notwendige institutionelle Hilfe.

Morgen

Bochum hat rund 371.000 EinwohnerInnen, davon sind 77.000 (21 %) MigrantInnen (Stand Ende 2016). Das ist im Vergleich zu anderen großen Städten nicht viel. Bochum sollte anstreben und kann bei gemeinsamer Anstrengung aller Akteure auch erreichen, diese Integrationsaufgabe erfolgreich zu bewältigen und dann davon wirtschaftlich zu profitieren.

Schon im Vergleich zu den größeren Städten in der Metropole Ruhr hat Bochum weniger MigrantInnen. Die Werte in der nachfolgenden Tabelle beziehen sich für Bochum auf Stand Ende 2016, für die anderen Städte gab es die vergleichbaren Werte nur für Stand Ende 2015:

	<u>Einw.</u>	<u>MigrantInnen</u>	<u>%</u>	<u>Ausländer</u>	<u>%</u>
BOCHUM	371.000	77.000	21,0%	48.000	13,0%
DUISBURG	491.000	145.000	30,0%	87.000	18,0%
ESSEN	585.000	136.000	23,0%	82.000	14,0%
DORTMUND	586.000	200.000	34,0%	97.000	16,5%

Im Vergleich zu anderen entsprechenden Städten werden die Unterschiede eklatant.

	<u>Einw.</u>	<u>MigrantInnen</u>	<u>%</u>	<u>Ausländer</u>	<u>%</u>
FRANKFURT	724.486	370.937	51,2%	207.203	28,6%
MÜNCHEN	1.526.000	633.290	41,5%	419.391	27,5%
DÜSSELDORF	606.000	208.000	34,3%	111.000	18,3%
HAMBURG	1.787.408	596.711	33,4%	262.252	14,7%
KÖLN	1.049.000	319.000	30,4%	177.000	16,9%

Stand: 31.12.2015 (Quellen: Statistische Ämter München, Hamburg, NRW 2016, Stadt Frankfurt Dezember 2016)

Ein hoher Migrationsanteil kann auch zu einem hohen Sozialprodukt pro Kopf beitragen, zumindest ist er kein Hinderungsgrund. Der Vergleich Bochums mit „Migrationsspitzenreitern“ zeigt das. Das BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung 2014 beträgt in Bochum nur 32.275 €, dagegen in Frankfurt 92.367 €, in München 70.320 €, in Düsseldorf 77.555 €.

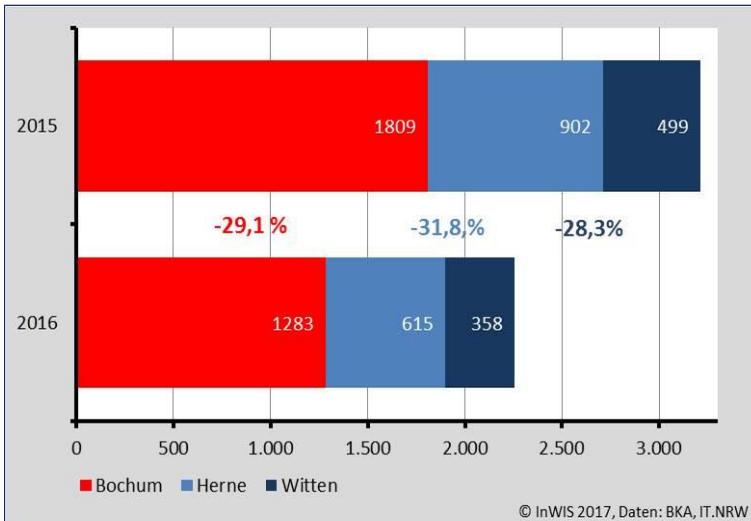
Aber selbstverständlich tragen weitere Erklärungsfaktoren zu hohem Sozialprodukt bei, darunter die unterschiedliche Zusammensetzung der MigrantInnen.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Bochum wird eine multiethnische und damit multikulturelle Stadt werden, wie es Frankfurt oder München längst sind. Die Hochschulen Bochums werden dazu beitragen, damit diese Vielfalt nicht den Anstieg sozial Benachteiligter nach sich zieht. MigrantInnen werden das wirtschaftliche wie politische Leben Bochums erkennbar mitgestalten. Vor allem beim Handel und handwerklichen Dienstleistungen können „importierte“ Unternehmenskulturen Quartiere sozialökonomisch stabilisieren.

1.5 Sicherheit: Konflikte und Konfliktvermeidung

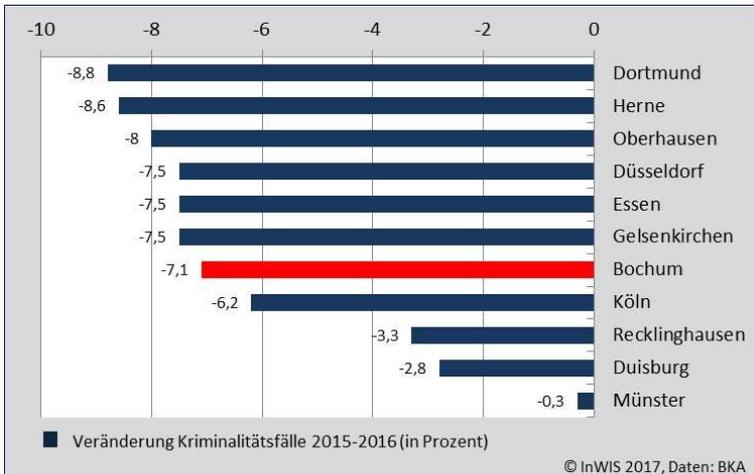
Der demokratische Staat sowie jede seiner Kommunen müssen das Bedürfnis ihrer EinwohnerInnen nach Sicherheit erkennen und zu erfüllen suchen. Unterschiedliche Fälle von Verbrechen erregen dabei wechselnde Aufmerksamkeit. In Bochum liegt die Kriminalitätsrate nicht höher als die in vergleichbaren Städten. Von 2015 auf 2016 war ein Rückgang der Straftaten in Bochum von knapp 38.000 auf gut 35.000 zu verzeichnen; das entspricht einem Rückgang von etwa 7 % (Quelle: BKA April 2017). Die BürgerInnen sollten das wissen.



Heute

Polizei und die Ordnungskräfte der Stadtverwaltung arbeiten in Bochum eng zusammen. Für einzelne Quartiere erfassen sie gemeinsam potentielle Sicherheitsmängel, um deren Vermeidung angehen zu können. Die Polizei in Bochum hat Wohnungseinbrüche zu einem Schwerpunkt ihrer Ermittlungen gemacht. Sie sind 2016 auffallend zurückgegangen: von mehr als 1.800 Wohnungseinbrüchen im Jahr 2015 auf unter 1.300 Einbrüchen 2016. Dies entspricht einem Rückgang von gut 29 %.

Diese kommunale Sicherheitspolitik muss im offenen Gespräch mit den BürgerInnen erfolgen, was auch deren problemgerechte Mitwirkung bei der Bewahrung ihrer Sicherheit ermöglicht.



Morgen und Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Ein Konzept „Sicherheit in Bochum“ sollte die Ordnungspartnerschaft zwischen Stadtverwaltung und Polizei dokumentieren. Es kann die Zusammenarbeit zwischen kommunalen Ordnungsbehörden, Polizei und bürgergesellschaftlicher Aufmerksamkeit noch erfolgreicher machen. Kommunale Sozialpolitik sollte Konfliktprävention einbeziehen. Dazu sind vertiefende Untersuchungen sinnvoll.

1.6 Vorschulische Erziehung und schulische Bildung

Bochum verfügt über ein umfangreiches, qualitativ gutes und differenziertes schulisches Bildungsangebot, das Eltern alle Möglichkeiten für eine den individuellen Erfordernissen ihrer Kinder entsprechende vorschulische und schulische Ausbildung bis hin zum Übergang in Beruf oder Studium eröffnet. Alle Schulen bieten offene Angebote im Ganztag bzw. der pädagogischen Übermittagsbetreuungen an. Teilweise werden sie im integrierten Schulsystem sowie im überwiegenden Teil der Förderschulen bereits als gebundene Ganztagsschulen geführt. Und auch das Angebot an Schulsozialarbeit wurde in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Trotzdem gibt es noch viel zu tun, um

das Schulsystem vor allem sozial bedarfsgerecht auszubauen und Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, damit auch in Bochum „kein Kind zurückbleibt“.

Heute

In Bochum stehen Eltern zur Betreuung und vorschulischen Erziehung ihrer Kinder – verteilt über die ganze Stadt – 178 Kindertagesstätten („Kitas“) zur Verfügung, bis auf 17 allesamt in kirchlicher bzw. freier Trägerschaft. Hinzu kommt ein großes Angebot an Kindertagespflege in den Haushalten der Tagesmütter oder eigens hierfür angemieteten Räumen sowie in sog. Großtagespflegestellen. Zur Deckung des gesetzlich vorgeschriebenen Bedarfs reicht das aktuell aber nicht aus: in der Altersgruppe der unter Dreijährigen liegt die Quote derzeit bei 37,1 Prozent, bei den drei- bis sechsjährigen Kindern bei 97,2 Prozent. Trotzdem ist festzustellen, dass die Anzahl der verfügbaren Plätze in den letzten Jahren in beiden Bereichen erheblich ausgebaut worden ist und auch weiter gesteigert werden soll, um der wachsenden Nachfrage nach Kita-Plätzen gerecht zu werden.

Für den Schulbereich gelten andere Bedingungen: hier verfügt Bochum über ein ebenso bedarfsdeckendes wie umfangreiches, qualitativ gutes und differenziertes schulisches Bildungsangebot.

Es gibt in Bochum Grundschulen, die aufgrund ihrer Lage in Stadtteilen mit problematischer Sozialstruktur Standortnachteile gegenüber Grundschulen in sog. besseren Wohngebieten haben. Grund ist der hohe Anteil an Schulkindern aus einkommens- oder sozialschwachen Elternhäusern bzw. an Schulkindern mit Migrationshintergrund. Seit Einführung der freien Schulwahl durch die CDU/FDP-Landesregierung 2008 hat sich der Trend, diese Schulen zu meiden, verstärkt. Daraus sind Nachteile für die Schulkinder in den betroffenen Schulen entstanden.

Morgen

Im Interesse gleicher Bildungschancen sind in allen Teilen der Stadt Aktivitäten nach dem Motto: „Ungleiches ungleich behandeln“ erforderlich:

Der Ausbau der Zusammenarbeit von Kita und Grundschule:

Zwischen den Kindertagesstätten und Grundschulen in Bochum gibt es bereits eine gute Zusammenarbeit – die frühzeitige Information der Eltern als auch die Erfassung und Begutachtung der Kinder gehören ebenso dazu wie der regelmäßige Austausch zwischen dem Fachpersonal der Kitas und den Lehrkräften der Schulen.

Doch in Stadtteilen mit problematischer Sozialstruktur muss die Einbeziehung der Eltern schon vor dem Besuch der Kindertageseinrichtungen einsetzen, z. B. durch aufsuchende Beratung und Betreuung der Familien von der Geburt bis zur Aufnahme in den Kindergarten durch hierfür geeignete SozialarbeiterInnen und BildungsberaterInnen. Und auch danach sollte die Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule durch gezielte kostenlose Sprachförderangebote bis zur Einschulung, in die die Eltern einzubeziehen sind, fortgeführt werden. Am besten gelingt dies sicherlich in Zusammenarbeit mit dem in Bochum bereits bestehenden Angebot an Familienzentren, das weiter ausgebaut werden sollte und in deren Arbeit die Schulen verstärkt einzubinden sind.

Die Verbesserung schulischer Angebote:

Die Schulen, primär die Grundschulen in Stadtteilen mit problematischer Sozialstruktur, benötigen zum Ausgleich ihrer Standortnachteile bessere Rahmenbedingungen, um sie für Eltern attraktiver zu machen. Dies gilt sowohl für die Schulgebäude und die Außenflächen als auch die Ausstattung der Unterrichts- und Ganztagsräume mit ergonomischem, flexibel einsetzbarem Mobiliar sowie modernsten Lehrmitteln wie interaktiven Tafeln (Whiteboards), Tablets und Internet (WLAN) in allen Klassen. Dadurch ließe sich künftigen Eltern vermitteln, dass man

ihren Kindern besonders gute Rahmenbedingungen für erfolgreiches Lernen bereitstellt.

Diese Schulen sollten – mehr noch als bisher – Zuschläge zu ihren Schulbudgets erhalten, damit notwendige schulische Unterrichtsprojekte und gezielte Fördermaßnahmen sowie Ausflüge und Besuche außerunterrichtlicher Angebote finanziert werden können. Am wichtigsten für die Akzeptanz durch die Eltern ist es jedoch, diese Schulen personell so auszustatten, dass dort kleinere Klassen gebildet werden können und ausreichend Lehrkräfte für eine bedarfsgerechte individuelle Förderung bis hin zur Doppelbesetzung beim gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter SchülerInnen zur Verfügung stehen.

Weiter sollte in Schulen mit Standortnachteilen – den Brennpunkt-Schulen – mindestens ein/e SozialarbeiterIn zum Schulpersonal gehören, um durch die Zusammenarbeit mit der Sozialraumkonferenz, der schulpsychologischen Beratung, dem Jugendamt und den Trägern von offenen Ganztagschulen bzw. von Kitas Probleme im schulischen oder familiären Umfeld frühzeitig aufgreifen zu können. Zur Entlastung der Schulleitungen von Verwaltungsarbeiten ist an diesen Schulen auch eine bessere Ausstattung mit Sekretariatsstunden vorzusehen.

Zur Stärkung der Schulen mit Standortnachteilen gehört aber zwingend vor allem eines: der Ausbau des Ganztagsangebotes. Es muss sichergestellt sein, dass dort jedes Kind einen Platz im Offenen Ganztag erhält. Besser wäre es noch, zur besseren Förderung der Kinder den sog. „Rhythmisierten Ganztag“ mit seiner intensiveren „Verzahnung“ zwischen Unterricht und Ganztagsangebot einzuführen. Das wäre ggf. um stärker subventionierte Eltern-Beiträge zu ergänzen, um ihnen die Teilnahme ihrer Kinder an diesem Angebot zu erleichtern.

Die Entscheidung des Schulausschusses, in Kürze je Stadtbezirk eine Grundschule in eine gebundene Ganztagschule umzuwandeln, wird als ein notwendiger erster Schritt in diese Richtung begrüßt – aus den dargelegten Gründen sollten dabei vor allem die sog. Brennpunkt-Schulen in den sozial benachteiligten Stadtteilen Bochums bevorzugt werden.

Ein besserer Übergang in die Sekundarstufe:

Die Auswahl der weiterführenden Schulen ist – nach Beratung durch die Grundschulen – grundsätzlich Sache der Eltern, die im Vorfeld auch durch Informationsveranstaltungen und „Tage der offenen Tür“ an den Sekundarschulen ergänzend informiert werden. Trotzdem werden gerade an dieser Schnittstelle immer noch viele Fehlentscheidungen getroffen, die den Kindern später oft nicht guttun.

Da „Eine Schule für Alle“ offensichtlich nicht durchsetzbar ist und in unserem Schulsystem nach wie vor das Gymnasium von den meisten Eltern als die „Schule der Wahl“ für ihre Kinder angesehen wird, sind neben dem Beratungssystem vor allem aber die Angebote der übrigen weiterführenden Schulen zu verbessern.

Es erscheint notwendig, die Information und Beratung der Eltern und Erziehungsberechtigten viel früher und gezielter zu beginnen – dies darf kein Thema nur im letzten Grundschuljahr bleiben. Im Mittelpunkt muss dabei vor allem das Interesse des Kindes stehen – sowohl der soziale Status seiner Eltern als auch das Image von Schulformen dürfen dabei keine Rolle spielen. Deshalb sollten die Lehrkräfte von Primar- und weiterführenden Schulen verpflichtet werden, sich durch gegenseitige Unterrichtsbesuche und Hospitationen über die Angebote und besonderen Stärken der jeweils anderen Schulen bzw. Schulformen zu informieren und die daraus gewonnenen Erkenntnisse möglichst objektiv und frühzeitig mit den Eltern zu besprechen.

Um unabhängig davon die „Anwahlnachteile“ der nichtgymnasialen Schulen auszugleichen, sollte deren Attraktivität durch das Angebot einer optimalen individuellen Förderung durch kleinere Klassen bis hin zur bedarfsgerechten Doppelbesetzung beim gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter SchülerInnen, den Einsatz von Schulsozialarbeitern, den Ausbau von Ganztagsangeboten, eine gezielte Unterstützung bei der Erledigung der Hausaufgaben und eine bessere Ausstattung von Gebäuden, Klassen- und Fachräumen sowie Außenanlagen gesteigert werden.

Das sind Wege, die Bildungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Stadtteilen zu verbessern und ihnen damit unabhängig von

der Herkunft, dem Verdienst oder dem Status ihrer Eltern eine erfolgreiche Schullaufbahn – und damit später ggf. auch einen sozialen Aufstieg - zu ermöglichen. Die erforderliche Lösung ist die Wiedereinführung verpflichtender Grundschulbezirke durch das Land.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Längerfristig sollten die Schulen in Bochum beginnend in der Primarstufe Schritt für Schritt in verbindliche, kostenlose Ganztagschulen umgewandelt werden. So kann durch attraktive, qualitativ gute Angebote individualisiertes Lernen bei optimaler Förderung erreicht werden. Nur so lassen sich die Bildungschancen aller Kinder wirksam verbessern. Dies ist unabhängig von der Lage der Schulen im Stadtgebiet nicht nur die Voraussetzung dafür, Bildungsnachteile für SchülerInnen aus sozialen Brennpunkten zu verhindern und so für mehr Chancengleichheit zu sorgen, sondern dient vor allem auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bochum und darüber hinaus in Deutschland mit seinen europäischen Nachbarn.

Die Unterstützung von Schulen sollte sich zukünftig in hohem Maße an einem schulscharf ermittelten Sozialindex orientieren: Die Mittel für Schule und Bildung sind dabei für benachteiligte Kinder in sozialen Brennpunkten einzusetzen, bis gleichwertige Ergebnisse in allen Teilen unserer Stadt erreicht sind. Es sollte gelten, dass die stadteigenen Mittel und die Fördermittel von Bund und Land überwiegend in Stadtteilen mit problematischer Sozialstruktur eingesetzt werden. Dabei ist die Abstimmung zwischen dem Land mit seiner Kompetenz für den Einsatz von LehrerInnen und der Stadt mit ihrer Zuständigkeit für HausmeisterInnen, SchulsekretärInnen und die Gebäudepflege an den Schulen zu verbessern.

1.7 Freizeit und Kultur

Lebenszeit ist zum größten Teil freie Zeit. Freie Zeit ist notwendige Voraussetzung für eine freie Selbstentfaltung und Entwicklung des Menschen. Sie kann für den Einzelnen bereichernd und sie kann aber

auch bedrückend wirken. Gesellschaftlich wird Freizeit genutzt für soziale, kulturelle und sportliche Tätigkeiten, in sehr unterschiedlicher Weise. Das kann hilfreich für den Einzelnen sein. Leben in der Freizeit, vor allem kulturelles Leben ist so auch abhängig von kommunalpolitischem Engagement.

Heute

Die Möglichkeiten des Erlebens in der Freizeit und der Teilhabe an Kultur haben sich in Bochum kontinuierlich erweitert. Das gilt für neu gewonnene Freiräume wie den Westpark, das gilt für die Eröffnung des Musikzentrums oder des Museums Untertage wie auch für das Eisenbahnmuseum Dahlhausen und für vielfältige Sportanlagen. Eine freie Kultur- bzw. Kreativszene ist entstanden.

Bei den finanziellen Möglichkeiten der Kulturförderung – seien es eigene Mittel oder seien es Mittel des Bundes und des Landes NRW – ist allerdings gerade jetzt die Benachteiligung der Metropole Ruhr eklatant sichtbar geworden. Das Bochumer Musikforum hat weniger als 40 Millionen Euro gekostet, bei nur vergleichsweise geringen Überschreitungen der geplanten Kosten; die Elbphilharmonie in Hamburg 800 Millionen €, bei einer Vervielfachung der geplanten Kosten. Der Hamburger Finanzskandal wird publizistisch gerechtfertigt, Bochum wegen zu hoher Ausgaben jedoch angeprangert. Deshalb ist die Frage berechtigt: Rechtfertigt die Differenz zwischen 2.100 zu 960 Sitzplätzen eine Kostendifferenz um das 20fache?

Morgen

Die bestehenden kulturellen Angebote in Bochum wie in den anderen Städten zwischen Ruhr und Emscher wirken zunehmend für die gesamte Metropole und zugleich polyzentrisch dezentral. Viele Beispiele lassen sich nennen, so das Schauspielhaus in Bochum, die Opern in Dortmund oder Gelsenkirchen, das Konzertangebot in Essen. Verbesserte Koordinierung und vor allem allgemein zugängliche Kommunikation über die Angebote in allen Städten ist dringend erforderlich.

Das entsprechende Handeln der Kunstmuseen, so auch des Museums in Bochum, kann noch mehr Wirkung für die einzelne Stadt erzeugen. Ihre Zusammenarbeit sollte zudem metropolitane Wirkung zeigen und zu einem Museumsstandort von europäischer Bedeutung führen. Der Standort der Kultur Ruhr GmbH im Westpark gibt Bochum dabei eine besondere Bedeutung.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Die Metropole Ruhr mit Bochum und seinen anderen Städten sollte den Anspruch erheben, ein – wenn nicht das – kulturelle Zentrum Deutschlands und damit Mitteleuropas zu werden. Das entspricht seiner Einwohnergröße von fünf Millionen Menschen. Bei der Kulturförderung des Bundes muss die Metropole Ruhr gleichgewichtig mit Berlin bedacht werden. Das Land NRW muss in Koordinierung mit den Landschaftsverbänden seine Kulturförderung für die Metropole Ruhr jener Bayerns für München anpassen.

1.8 Vorphilosophisches bürgergesellschaftliches Engagement

Sozial engagierte Tätigkeiten sind in allen Gesellschaften eine Selbstverständlichkeit. Durch Jahrhunderte vollzogen sie sich im großfamiliären Verbund. Seit der Industrialisierung überwog die Arbeitsteilung zwischen entlohnt arbeitenden Männern und unentlohnt sozial arbeitenden Frauen. Das montanindustrielle „Ruhrgebiet“ war so besonders geprägt. Staat bzw. Kommunen und marktwirtschaftlich handelnde Unternehmen erbrachten nur einen geringen Teil der erforderlichen sozialen Dienstleistungen.

Heute

Die Auflösung der Großfamilie bis hin zu vielen alleinerziehenden Eltern sowie die rechtliche und sozialökonomische Gleichstellung der Frauen haben die Relationen zwischen staatlich bzw. kommunal, privatwirtschaftlich und gesellschaftlich erbrachten sozialen Dienst-

leistungen radikal verändert. Viele soziale Dienstleistungen werden inzwischen durch entlohnte Arbeit – gerade auch von Frauen – marktwirtschaftlich erbracht. Sie können allerdings nur in Anspruch genommen werden, wenn Menschen, die sie benötigen, über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Dafür sorgen zum Teil der Staat bzw. die Kommunen durch Transferleistungen bis hin zur Sozialhilfe und durch staatlich finanzierte Angebote. Aber nicht der gesamte Bedarf an sozialen Dienstleistungen kann so erfüllt werden. Dafür bedarf es bürgerschaftlichen Engagements. Es gibt auch in Bochum viele BürgerInnen, die Schwächeren Solidarität geben. Das zeigt sich u. a. in einer Vielfalt von Vereinen.

Morgen und übermorgen mit perspektivischen Fragen

Von der Stadtverwaltung getragene Transparenz sollte es möglich machen, dass jeder weiß, wo er sich engagieren kann und jeder weiß, wo er soziale Hilfeleistungen bekommen kann.

2 Bochum als Wirtschafts-, Arbeits- und Qualifizierungsstandort

Technologische Veränderungen mit ökonomischer Bedeutung für immer differenziertere Produktionen und Dienstleistungen durch Unternehmen und Institutionen ermöglichen wirtschaftliche Entwicklung verbunden mit Möglichkeiten entlohnter Arbeit. In den letzten Jahrzehnten hat sich so der Übergang von der **Industrieökonomie zur Wissensökonomie** vollzogen. Das Beharren der Montanindustrie hat diese Entwicklung im Ruhrgebiet verlangsamt. Die Folgen sind an der Struktur des lokalen Sozialprodukts und der Arbeitsplätze abzulesen. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Bochum setzt auf die Innovationsfelder der IT-Sicherheit, Produktions-, Kreativ- und Gesundheitswirtschaft.

2.1 Struktur des Sozialprodukts und der Arbeitsplätze

Auch Bochum ist inzwischen von der Erbringung von Dienstleistungen und von Arbeitsplätzen in diesem Dienstleistungsbereich geprägt.

Dazu gehört auch das Handwerk. Vor allem für Arbeitsuchende ist diese Information wesentlich. Die einseitige Betonung der industriellen Produktion als kommunikativer Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik kann zu Missverständnissen bei der Berufsorientierung führen.

Heute

In Bochum verteilen sich 130.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte prozentual wie folgt (Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stand Dezember 2016):

Produktionssektor 18 Prozent

Dienstleistungssektor 82 Prozent

Der Dienstleistungssektor ist in Bochum deutlich stärker ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt (70,6 %). Die einzelnen Dienstleistungsbereiche sind in Bochum mit folgenden Anteilen und Beschäftigtenzahlen vertreten:

	<u>%-Anteil</u>	<u>Anzahl</u>
Handel (inklusive Instandhaltung u. Rep. v. KFZ)	15,1	19.300
Gesundheitswesen	10,0	12.800
Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung	8,1	10.400
Heime u. Sozialwesen	7,8	9.957
Erziehung und Unterricht	7,6	9.737
Immobilien plus freiberuflich wissenschaftliche u. techn. Dienste	6,8	8.701
Sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	6,0	7.625
Verkehr und Lagerei	5,0	6.419
Dienstleistungen für Haushalte und private Kunden	4,0	5.112
Arbeitnehmerüberlassung	3,6	4.559
Information und Kommunikation	3,1	3.981
Gastgewerbe	2,5	3.167
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2,2	2.850

Im Produktionssektor bietet die Metall-, Elektro- und Stahlindustrie die meisten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze an. Die folgende Tabelle schlüsselt die Beschäftigten im Produktionssektor nach Wirtschaftsbereichen auf:

	<u>%-Anteil</u>	<u>Anzahl</u>
Metall-, Elektro, Stahlindustrie	8,5	10.793
Baugewerbe	5,2	6.605
Herstellung häuslich konsumierter Gütern	1,4	1.790
Herstellung von Vorleistungsgütern	1,2	1.574
Bergbau, Energie, Wasserversorgung	1,7	2.126

Über das Spektrum und die Arbeits- und Einkommensqualität von Dienstleistungsarbeit herrscht weit verbreitet unzulängliche Kenntnis. Dienstleistungen erbringen ebenso höchst bezahlte Unternehmensvorstände wie die für Mindestlöhne arbeitenden Reinigungskräfte oder Aushilfskräfte in der Gastronomie. Die Stundenlöhne bewegen sich von 10 € im Zimmerservice und in Restaurant und Küche sowie 14 € für Zahnarthelfer zu 41 für Zahnärzte und 61 für Oberärzte.

Quelle: Gehalt.de, zitiert in DIE WELT vom 28.07.2017

Die Arbeitsbedingungen sind entsprechend unterschiedlich. In „industrialisierten“ Dienstleistungsunternehmen, so in der Logistik, sind auch straffst organisierte Arbeitsabläufe eingerichtet. Die Arbeitsbedingungen und die Einkommen im Dienstleistungsbereich sollten intensiver in das Blickfeld staatlicher Arbeitsaufsicht und der Gewerkschaften rücken.

Morgen

Neue Technologien und Innovationen bieten Chancen, die wirtschaftliche Entwicklung in Bochum aktiv zu gestalten. Dabei ist die Zeit der großen Unternehmen und der Massenproduktionen, wie sich mit dem Weggang von Opel und Graetz zeigte, weitgehend vorbei.

Die Zukunft gehört kleineren und mittleren Unternehmen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, vor allem in den Bereichen Medizintechnik, Informationstechnologie, additiven Fertigungsverfahren wie dem 3D-Druck. Diese Bereiche gilt es auf Dauer in Bochum mit hochwertigen Produkten zu etablieren. Neugewonnene Stärken in der Gesundheitswirtschaft sind weiter zu entwickeln und die Chancen im Bereich der IT-Sicherheit an der Schnittstelle zu Gesundheit und Industrie 4.0 zu nutzen. Sicher gilt es alte Stärken in der Produktion möglichst zu bewahren, aber auch Weichen für neue Branchen, Unternehmen und insbesondere für eine erstklassige Innovationskultur zu stellen.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Zur Überwindung des Fachkräftemangels mit Bedeutung für die Beschäftigung in Bochum müssen im Zusammenwirken von Arbeitsverwaltung und Bochumer Hochschulen wissenschaftliche Untersuchungen eingeleitet werden. Entsprechende Erkenntnisse sind dann in der schulischen Berufsorientierung und der Arbeitsvermittlung zu nutzen. Erforderliche Nachqualifizierungen sind eine gemeinsame Aufgabe von privatwirtschaftlichen und öffentlichen Arbeitgebern sowie der Arbeitsverwaltung.

2.2 Technologische Veränderungen mit ökonomischer Bedeutung

Innovative Wirtschaftsförderung in Bochum sollte sich auf Gesundheitswirtschaft, Additive Fertigung/3D-Druck, IT-Sicherheit, bei der Bochum ein Alleinstellungsmerkmal erreichen könnte, konzentrieren.

a) Gesundheitswirtschaft

Bereits heute verfügt Bochum über ein weitreichendes Netz an Forschungseinrichtungen, Kliniken und Unternehmen der Biomedizin und Medizintechnik, die Bochum zu einem der führenden Standorte in der Gesundheitsforschung und der Gesundheitswirtschaft machen. Dazu

zählen u.a. der Gesundheitscampus mit der Hochschule für Gesundheit, die Ruhr-Universität Bochum mit der Fakultät für Medizin und einem medizintechnischen Lehrstuhl, das Zentrum für Telemedizin und Telematik und zahlreiche Unternehmen der Medizintechnik. Das Potential liegt dabei in neuen Produkten, strukturellen Innovationen und einem kreativen Umfeld für Innovatoren und Investoren.

Bochum ist attraktiv für Unternehmen, die medizintechnische Innovationen im klinischen Umfeld entwickeln. Das Konsortium „NeuroTechGate“ ging als Gewinner aus der Ausschreibung „Industrie-in-Klinik-Plattformen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hervor. Ziel des Projekts ist es, erfolgversprechende Ansätze für neue, bedarfsgerechte Medizinprodukte in enger Zusammenarbeit zwischen Industrie und klinischen Anwendern zu realisieren. Diesen Nukleus gilt es durch die Förderung und Ansiedlung weiterer Unternehmen auszubauen.

Schwerpunkte sind Neurowissenschaften/Neurorehabilitation. Bochum hat bereits heute einen Schwerpunkt in den Neurowissenschaften, der jüngst gestärkt wurde: durch eine Emmy Nöther Nachwuchsgruppe in den klinischen Neurowissenschaften und das Konsortium „NeuroTechGate“, das zukünftig Medizinprodukte für die Diagnostik und Rehabilitationen von Erkrankungen des Nervensystems entwickeln wird.

Perspektive sind individuelle Medizinprodukte. Individuelle Medizinprodukte werden zukünftig immer stärker nachgefragt. Das vorhandene Know-how in der Medizintechnik, kombiniert mit der zunehmenden Etablierung neuer Fertigungsverfahren wie der additiven Fertigung und dem 3D-Druck, bergen ein großes Potential für neue Produkte und Arbeitsplätze in Bochum. Dieses Potential gilt es nachhaltig zu fördern.

Möglich sind datengestützte Medizin mit neuen Versorgungskonzepten und Dienstleistungen. Big Data und Telemedizin bieten die Möglichkeit für neue Produkte und Dienstleistungen im Bereich der apparativen und strukturellen Gesundheitsversorgung, wie z. B. digitale

Medizinprodukte und neue Versorgungskonzepte auf der Basis der Telemedizin. Die IT-Sicherheit von Medizinprodukten spielt zukünftig eine entscheidende Rolle in der vernetzten Gesundheitsversorgung. An der Schnittstelle zwischen IT-Sicherheit, Medizinprodukten und Telemedizin besteht ein großes Potential für die medizinische IT.

Herausforderungen sind die Schaffung von optimalen Arbeits- und Kreativitätsbedingungen, die Etablierung von Innovationsnetzwerken, die Bereitstellung von Wagniskapital zur Förderung und Etablierung junger Unternehmen in der Gesundheitswirtschaft. Für den Schwerpunkt Neurowissenschaften sollte perspektivisch die Ansiedlung eines Fraunhofer-Instituts angestrebt werden.

Zu stärken ist die Innovationskultur durch Auf- und Ausbau von Innovationsnetzwerken, insbesondere an den Schnittstellen von unterschiedlichen Disziplinen. Dazu gehört die Bereitstellung von Wagniskapital.

b) Additive Fertigung/3D-Druck – Langfristig neue Produktionsverfahren in Bochum etablieren

Die Fertigung bzw. Produktion war eine Stärke der Montanindustrie. Mit dem strukturellen Wandel sind aber viele Unternehmen abgewandert. Mit der Digitalisierung, Industrie 4.0 und neuen Fertigungsverfahren besteht die Chance, mittel- bis langfristig an diese Tradition mit neuen Unternehmensgrößen anzuknüpfen. Als *Additive Fertigung* bezeichnet man einen Prozess, bei dem durch das schichtweise Ablagern von Material ein Bauteil aufgebaut wird. Immer häufiger wird der Begriff „3D-Druck“ als Synonym für die Additive Fertigung verwendet. Die aktuelle Entwicklung deutet weniger auf eine Revolution denn auf eine Evolution hin. In den nächsten zehn bis 20 Jahren wird das Nutzenpotenzial vor allem in der Einzelteil- und ggf. Ersatzteilproduktion sowie bei der Erzeugung neuer Produkte mit neuen Eigenschaften und Funktionalitäten gesehen. Anwendungsbereiche sind der Maschinen- und Anlagenbau sowie die Fertigung für die Metall- und Elektroindustrie und die Medizintechnik.

Erforderlich ist die nachhaltige und risikobereite ideelle und finanzielle Förderung dieser neuen Fertigungstechnologien auch vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung.

c) IT-Sicherheit – Alleinstellungsmerkmal mit Potentialen für Produkte und Dienstleitungen

Die IT-Sicherheit und hier insbesondere das Horst-Görtz Institut ist innerhalb Deutschlands ein herausragendes Alleinstellungsmerkmal Bochums. Mit der zunehmenden Bedeutung der IT-Sicherheit in der Medizintechnik, Telemedizin und der vernetzten Produktion, speziell im Bereich Industrie 4.0, kann sich Bochum mit dem Thema IT-Sicherheit positionieren. Zur Digitalisierung gehört auch die Erforschung ihrer sozialen Folgen, respektive ihrer Chancen und Risiken. Das Center for Advanced Internet Studies (CAIS) könnte das mit Erprobung seiner Erkenntnisse in Bochum leisten und an der verantwortlichen Gestaltung des durch die Digitalisierung ausgelösten Wandels mitwirken.

Industrie 4.0 braucht IT-Sicherheit. Die Vision von Industrie 4.0 beschreibt eine neue Art der Produktion, die durch eine durchgängige Digitalisierung und die stärkere innerbetriebliche sowie überbetriebliche Vernetzung geprägt ist. Für die Zuverlässigkeit solcher Systeme und zum Schutz sensibler Unternehmensdaten ist ein hohes Maß an IT-Sicherheit unabdingbar. IT-Sicherheit wird als eine Dimension der Produktqualität der in Deutschland produzierenden Unternehmen der entscheidende Erfolgsfaktor für die Umsetzung der Vision „Industrie 4.0“ sein. Dieser wachsende Bedarf stellt eine Chance für den Standort Bochum dar, sich in der IT-Sicherheit weiter zu entwickeln und hier einen Top-Standort für angewandte IT-Sicherheit zu etablieren. Das ermöglicht die Stärkung des Innovationstransfers von der Wissenschaft in die Praxis durch die Förderung von Ausgründungen. Weiterbildungsangebote im Bereich IT-Sicherheit für AkademikerInnen und betriebliche Fachleute gehören dazu. Anzustreben sind weitere Professoressen im Bereich IT-Sicherheit für die industrielle Produktion.

2.3 Arbeitsmarktperspektiven

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Bochum ist ein regionaler Ausschnitt aus der Entwicklung in ganz Deutschland. Und so ist auch die institutionalisierte Arbeitsmarktpolitik einbezogen in die bundesrechtlichen Regelungen mit ihren Vorzügen und Schwächen. Ein für Bochum spezifischer Mangel an Finanzmitteln bzw. Institutionen/Trägern für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder Flexibilität bei der Ausgestaltung von Maßnahmen besteht eher nicht.

Heute

Die Arbeitslosigkeit in Bochum ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt zu hoch. Mitte 2016 betrug sie 10,3 %, verglichen mit 6,0 %. Für die lokale Politik sind die Unterschiede zwischen den Stadtbezirken und einzelnen Statistischen Bezirken bzw. Quartieren bedeutend, sie betragen 2016 in Wattenscheid 11,2 %, in Mitte 9,9 %, in Ost 10,4 %, in Nord 7,6 %, in Südwest 7,4 % und in Süd nur 6,8 %. Die schlechtesten Situationen in den Statistischen Bezirken ergaben sich in Wattenscheid-Mitte mit 15,8 %, in Kruppwerke mit 15,1 % und in Gleisdreieck mit 14,1 %, die besten in Stiepel mit 3,3 %, in Wiemelhausen/Brenschede mit 4,9 % sowie in Eppendorf 5,2 % und Südinnenstadt mit 5,5 %.

Quelle: Statistik der Bundesanstalt für Arbeit und Einwohnerstatistikdatei der Stadt Bochum Stand Juli 2017

Besondere Maßnahmen sind erforderlich für Personen, bei denen die Integration in den Ersten Arbeitsmarkt z. B. aufgrund von langer Arbeitslosigkeit, gesundheitlicher Einschränkungen und eines fortgeschrittenen Alters nahezu ausgeschlossen ist.

Ein Großteil der Leistungsberechtigten, die nach SGB in den Aufgabebereich der Arbeitsmarktpolitik fallen, sind keine Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld als Lohnersatzleistung erhalten, sondern Arbeitslose, die Grundsicherung erhalten. Unter denen ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen sehr hoch. Weiter gibt es Leistungsberechtigte, die zwar

faktisch und formell als erwerbsfähig gelten, die aber aufgrund von chronischen körperlichen und/oder psychischen Erkrankungen oder akuten bzw. überwundenen Suchtproblemen in ihrer Leistungsfähigkeit und faktischen Beschäftigungsfähigkeit stark eingeschränkt sind. In anderen Industriestaaten werden diese Personengruppen als erwerbsunfähig angesehen.

Morgen und übermorgen mit perspektivischen Fragen

Kommunalpolitisch notwendig ist in Bochum wie in anderen Städten zwischen Ruhr, Emscher und Lippe ein Sozialer Arbeitsmarkt mit einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft. Zielgruppe eines Sozialen Arbeitsmarkts sind Personen, die trotz einer guten konjunkturellen Ausgangslage mittelfristig keine Chancen auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, die mindestens zwei Jahre arbeitslos sind und bei denen individuell komplexe Problemlagen vorliegen, weil gleich mehrere Vermittlungshemmnisse zusammenkommen. Lange Arbeitslosigkeit, gesundheitliche Einschränkungen und fortgeschrittenes Alter gehen zum Beispiel häufig Hand in Hand. Diese Arbeitslosen können durch einen sozialen Arbeitsmarkt, durch öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, langfristig in ihrer Beschäftigungsfähigkeit unterstützt werden. Defizite in der gesellschaftlichen Teilhabe können so kompensiert werden, wofür insbesondere die Erfahrung regelmäßiger, als sinnvoll empfundener Arbeit für einen eigenen Lohn ausschlaggebend ist. Die Langfristigkeit der Förderung und die Unabhängigkeit beziehungsweise Distanz zum Jobcenter haben ebenfalls Normalisierungseffekte.

Bei einem Teil der Langzeitarbeitslosen wird eine Distanz zu Umschulungsmaßnahmen konstatiert. Gründe können vielfältig sein, wie mangelndes Vertrauen auf bessere Vermittelbarkeit im Anschluss an die Umschulung, Angst vor dem Lernen, Konflikte mit zeitweise befristeten, oft geringfügigen Beschäftigungszeiten, Bildungsferne der sozialen Umwelt. Zeitliche Überschneidungen von Qualifizierungs-

maßnahmen/Umschulungen und anderweitigen Beschäftigungsverhältnissen im Rahmen von kurzzeitigen Befreiungen aus der Arbeitslosigkeit werden als ein relevantes Hemmnis für längere Umschulungen wahrgenommen. Daher soll geprüft werden, in welchem Rahmen Angebote von Teilqualifikationen wie Splitting von Umschulung in Teilmodule, sinnvoll und möglich sind.

Große ArbeitgeberInnen könnten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit durch vorausschauende Bedarfsmeldungen in Bezug auf Ausbildungsplätze und offene Stellen, durch Initiativen zur Steigerung des Bildungsbewusstseins Langzeitarbeitsloser, durch Angebote von Teilqualifikationen durch Modularisierung beitragen. ArbeitgeberInnen könnten sich dann als gesellschaftlich verantwortliche Akteure präsentieren und dies mit ihren Aktivitäten im Bereich Employer Branding verbinden. Es stellt sich die Frage, wie insbesondere die großen Betriebe und Verwaltungen motiviert werden können, vermehrt offene Stellen vorausschauend zu melden und in einen Dialog mit der Arbeitsverwaltung zu langfristigen Personalplanungen einzutreten.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Bochum ist ein regionaler Ausschnitt aus der Entwicklung in ganz Deutschland. Und so ist auch die institutionalisierte Arbeitsmarktpolitik einbezogen in die bundesrechtlichen Regelungen mit ihren Vorzügen und Schwächen. Ein für Bochum spezifischer Mangel an Finanzmitteln bzw. Institutionen/Trägern für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder Flexibilität bei der Ausgestaltung von Maßnahmen besteht eher nicht.

2.4 Gewerbeflächen für Produktion und Dienstleistungen

Ausreichende Gewerbeflächen sind auch in Bochum erforderlich. Die Montanindustrie hat große Areale leer fallenlassen. Ihre Neunutzung ist häufig durch Altlasten erschwert. Die Ausweisung neuer Flächen in vorherigem Freiraum ist umstritten.

Von 2005 bis 2013 wurden insgesamt 310 ha innerhalb des Gewerbe- und Industrieflächenbestands umgeschlagen, das sind rund 38 ha pro

Jahr. Durch den Flächenumschlag konnten rund 12.200 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen oder durch Verlagerungen erhalten werden. Der Flächenumschlag wurde allerdings zu rund 90 % getragen von der unmittelbaren Neunutzung freigewordener Gebäude und Flächen. Nur 11%, also 4 ha, des Flächenumschlags fanden auf unbebauten Flächen, davon 1,0 ha pro Jahr auf Freiflächen statt. Ansiedlungen über 2 ha auf unbebauten Flächen waren gar nicht zu verzeichnen. Wesentliche Ursache ist, dass die planerisch gesicherten Gewerbe- und Industrieflächenpotentiale größtenteils mit Nutzungsrestriktionen belastet sind und daher dem Markt nicht ohne erheblichen finanziellen Aufwand zugeführt werden können. Im Regelfall handelt es sich dabei um Industriebranchen. Die Bereitstellung von Gewerbe- und Industrieflächen ist damit in Bochum erheblich aufwändiger als im Durchschnitt der Metropole Ruhr. Seit 2014 konnte der Umschlag auf unbebauten Flächen deutlich gesteigert werden, auf rund 20 ha pro Jahr.

Heute

Derzeit verfügt Bochum noch über ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen für Nutzungen, über die gegenwärtig zu entscheiden ist. Es sind rund 150 ha an Gewerbe- und Industrieflächen planerisch gesichert.

Mit Mark 51^{o7} (ehemalige Opelfläche) steht Bochum seit 2015 ein großes Areal zur Verfügung. Bisher sind 21 ha umgeschlagen, weitere 21 ha sind noch verfügbar. Generell ist die Aufbereitung vorgenuetzter Gewerbeflächen nur mit finanzieller Hilfe des Landes, ggf. des Bundes und der EU möglich.

Morgen

Der RVR geht im Zusammenhang mit dem Regionalplan Ruhr in seinen langfristigen Bedarfsprognosen für Bochum von rund 230 ha aus. Bei den gegenwärtigen Vermarktungsraten gäbe es keinen Mangel an planerisch gesicherten Gewerbe- und Industrieflächen, wegen des hohen

Anteils an Nutzungsrestriktionen aber einen erheblichen Mangel bei der tatsächlichen Verfügbarkeit dieser Flächen. Deshalb ist eine weitere Beschleunigung bei der Verfügbarmachung von Flächen unabdingbar. So ist es auch möglich, ein angemessenes Angebot für Unternehmensansiedlungen größer als 2 ha vorzuhalten – ohne dafür in der Gesamtbilanz zusätzlichen Freiraum in Anspruch zu nehmen. Diese Strategie kann erreicht werden durch schrittweise Nutzbarmachung großer Brachflächen, kleinteiligeren planerisch gesicherten Flächen und im Einzelfall durch Neuausweisung von planerisch nicht gesicherten Flächen bei paralleler Rückwidmung bislang planerisch gesicherter, aber letztlich nicht entwickelbarer Flächenpotentiale, d. h. durch Flächentausch. Dazu kann die Umnutzung agrarindustriell genutzter Flächen in ökologisch vereinbare Gewerbeflächen gehören.

Generell ist eine Verlagerung der Flächenentwicklung auf planerisch nicht gesicherte Areale im Freiraum aus verschiedenen Gründen eher nicht erfolgversprechend: Anzahl und Größe von Flächen im Freiraum sind in Bochum und seinen Nachbarstädten ohnehin beschränkt; zudem erfüllen derartige Flächen oft wichtige Klima- und Naturschutzfunktionen. Und schließlich könnten gewerbliche Nutzungen vor allem außerhalb von Siedlungszusammenhängen einen überproportionalen Aufwand für Verkehrserschließung sowie Ver- und Entsorgung verursachen.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Die längerfristigen Bedarfe sind maßgeblich abhängig von der technologischen Entwicklung; Produkt- und Dienstleistungszyklen werden immer kürzer. Dabei wird die Flächenintensität der industriellen Produktion bislang unzureichend beachtet. Der gestiegene und weiter steigende Anteil des Dienstleistungssektors am Sozialprodukt wie an den Arbeitsplätzen wirft die Frage auf, wo diese Dienstleistungen räumlich erbracht werden. Sie lässt sich derzeit aus Mangel an Daten nicht zureichend beantworten. Eine Bestandaufnahme der Standorte der Dienstleistungserbringung in Bochum ist erforderlich, denn

Dienstleistungsstandorte sind in die räumliche Entwicklung Bochums einzuplanen. Schon jetzt gilt, dass Dienstleistungen und Handwerk auch in Mischgebieten stattfinden können. Es ist so für die verschiedensten Bereiche der Stadt zu prüfen, auf welchen Flächen und in welchen Gebäuden welche wirtschaftlichen Tätigkeiten möglich sind.

Eine erfolgreiche wirtschaftsnahe Flächenpolitik in der Region zwischen Ruhr, Emscher und Lippe ist nur im Erfahrungsaustausch und in Zusammenarbeit aller ihrer Kommunen möglich. In jedem Fall bedarf sie eines langen Atems. Die kommunalpolitischen Möglichkeiten stoßen dabei an rechtliche Restriktionen, deren Anpassungen häufig mit technologischen Innovationen, auch gerade im Interesse ökologischer Belange, nicht Schritt halten. Auch die bodenrechtlichen Instrumente bedürfen der Überprüfung. Dazu gehören zum Beispiel eine kommunale Bodenvorratsstrategie und in Verbindung damit die Anwendung von Erbbauverträgen. Einzelne Städte können dabei Schwierigkeiten bekommen, wenn andere mit Grundstücksverkäufen konkurrieren. Regions-, ja landesweite Regelungen wären hier zweckmäßig.

2.5 Standort für Absatz durch Handel, Handwerk und Gastronomie

Der Handel in Bochum ist räumlich auf die Innenstadt, den Ruhr-Park, auch das Hannibal Center in Hofstede und eingeschränkt das Zentrum Wattenscheids konzentriert. Damit stellt sich die Frage nach Standorten des Einzelhandels in den Stadtteilen und Quartieren. Damit verbunden ist die Frage nach den Standorten kundennaher Handwerksbetriebe und der Gastronomie.

Heute

Auf der Grundlage des bestehenden Einzelhandelskonzepts muss geprüft werden, wie der Handelsstandort Innenstadt verbessert bzw. vor Abwertung bewahrt werden kann. Das steht im Zusammenhang mit der Nutzung des Ende 2017 aufgegebenen Gerichtsgeländes. Es schließt die Parkraumbewirtschaftung ein. Zu prüfen ist auch die Stär-

kung des Handels in Wattenscheid ebenso wie in relativ gut funktionierenden Stadtteilen, so in Linden und Langendreer. Die Stabilisierung der Nahversorgung in manchen Stadtteilen und Quartieren ist problematisch und ungelöst. Dazu kommt die Schließung vieler Gaststätten.

Morgen

Das Einzelhandelskonzept ist auch mit Bezug zur Nahversorgung in Stadtteilen und Quartieren weiterzuentwickeln. Der Widerspruch zwischen der Fokussierung auf Handelsketten einerseits und den Möglichkeiten von Trinkhallen, Wochenmärkten und ambulanten Angeboten andererseits ist anzugehen. Ein Hindernis für die Eröffnung von Handels- und gastronomischen Betrieben ist auch die Zeitdauer der Genehmigungsverfahren. Als Prinzipien der Verfahren sollte gelten: nicht länger als drei Monate und mit Vorschlägen für die kostengünstigste Lösung.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Der wachsende Anteil von MigrantInnen könnte deren Interessen an kleinunternehmerischen Handels- und Handwerksangeboten effizient werden lassen.

2.6 Berufliche Qualifizierung und lebenslanges Lernen

Berufliche Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen sind eine Bedingung der wirtschaftlichen Entwicklung wie der Schlüssel zur sozialen Integration. Die Ausbildungswege der Heranwachsenden sind auf der Grundlage des Schulrechts und des Rechts auf Arbeitsvermittlung bekannt.

Heute

Für die Organisation von Berufsausbildung, Berufseintritt und Wiedereingliederung sind bei der Industrie- und Handelskammer Bochum der Berufsbildungsausschuss und ein regionaler Lenkungskreis gebildet

worden. Dabei wirken ArbeitgeberInnen einschließlich Kreishandwerkerschaft, Gewerkschaften und BerufsschullehrerInnen bei Teilnahme der Agentur für Arbeit zusammen. Die Volkshochschule ermöglicht Weiterqualifizierungen. Auf der Grundlage dieser Zusammenarbeit ist ein problemgerechtes Engagement einzelner Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeber möglich, auch bei größerer Transparenz im Interesse der Betroffenen.

Morgen und Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Primäre Berufsausbildung oder ein Studium werden immer weniger ausreichen, um ein ganzes Berufsleben zu bestreiten. Deshalb müssen neue Angebote zur Aus- und Weiterbildung auf- und ausgebaut werden. Fachqualifikationen, insbesondere im Kontext der Digitalisierung, sind Erfolgsfaktoren für Unternehmen, gerade in Bochum und den anderen Städten an Ruhr und Emscher.

Modellhafte Lernfabriken zur Anwendung der Digitalisierung in Industrie und Dienstleistungen und damit verbundene Berufsschulen, Weiterbildungsangebote durch die Hochschulen der Stadt – auch und gerade für Nicht-Akademiker – müssen ein Markenzeichen der Wissensstadt Bochum werden. Dazu gilt es die notwendigen Investitionen zu tätigen. Schwerpunkte dabei sind die Bereiche IT-Sicherheit, Big Data, Medizintechnik und Medizininformatik.

Bochum hat mit dem Horst Görtz Institut (HGI) ein international herausragendes Institut für IT-Sicherheit. Diese Potentiale gilt es zu nutzen, über die Grenzen der Universität und der Stadt hinaus. Mit einer perspektivischen Öffnung des HGI jenseits des akademischen Bereichs entsteht eine Chance für die Etablierung Bochums als Ort für Qualifizierung und Bildung. Um diese Bedarfe zu adressieren und die Potentiale zu nutzen, sollte perspektivisch eine Vernetzung mit den schulischen und beruflichen Einrichtungen in Bochum gesucht werden.

Weiterhin sollte perspektivisch eine Akademie für die IT-Sicherheit in Bochum entstehen, die eine bundesweite Ausstrahlung hat. Hier sollen Schüler, Facharbeiter, Akademiker und Manager in Fragen der

IT-Sicherheit qualifiziert werden. Bochum sollte sich perspektivisch als erste Adresse zur Qualifikation im Bereich IT-Sicherheit in Deutschland etablieren.

Die Digitalisierung vieler Lebensbereiche stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen in Bezug auf den Umgang mit diesen Technologien. Dabei gilt es noch vieles zu erforschen und darauf gestützt zu lernen. Eine Chance ist dabei das „Center for Advanced Internet Studies (CAIS)“, das im Exzenterhaus arbeiten wird. In Zusammenarbeit damit könnte Bochum exemplarisch eine „Stadt des Lernens mit der Digitalisierung“ werden.

2.7 Hochschulen

Hochschulen spielen in der wissensbasierten Ökonomie eine zentrale Rolle. Sie sind zukünftig nicht nur ein Ort des Forschens, der Lehre und der Weiterbildung, sondern auch Ausgangspunkt und Treiber technischer und gesellschaftlicher Innovationen.

Heute

Bochum ist mittlerweile „die“ Hochschulstadt in der Metropole Ruhr. Hier gibt es acht Hochschulen mit über 56.000 Studierende aus 150 Nationen und mehr als 10.000 Beschäftigten, von denen allein 7.500 im wissenschaftlich-künstlerischen Bereich tätig sind. Neben der Ruhr-Universität Bochum, der Hochschule Bochum, der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe und der Technischen Hochschule Georg Agricola gibt es als relativ neue Einrichtungen die EBZ Business School, die Hochschule für Gesundheit, die Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung und die Folkwang Universität der Künste. Nach absoluten Zahlen ist Bochum zweitgrößter Hochschulstandort in Nordrhein-Westfalen und sechstgrößter Deutschlands.

Die Bochumer Hochschullandschaft ist damit der zentrale Ausgangspunkt für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Stadt geworden. Sie ist ein wichtiger Wirtschafts- und Innovationsfaktor und bereichert das kulturelle Leben in Bochum. In den letzten Jahren ist es

gelingen, mit dem Netzwerk der UniverCity Bochum, in dem neben den Hochschulen die Stadt Bochum, das Deutsche Bergbau Museum als Leibnitz Forschungsmuseum, die Bochum Marketing GmbH und die IHK vertreten sind, eine gemeinsame Zukunftsstrategie für Bochum zu entwickeln. Dabei wird versucht das Konzept der Wissenschaftsstadt in Richtung einer Wissensstadt weiterzuentwickeln.

Vor dem Hintergrund, dass es an der ursprünglich für maximal 15.000 Studierende konzipierten RUB heute 43.000 Studierende und 5.500 Beschäftigte gibt und es damit eng geworden ist, plant die RUB eine neue dreipolige Standortentwicklung mit den Polen Campus RUB, Innenstadt und Mark 51°7 (ehemalige Opel-Fläche). Die ursprüngliche Zielvorstellung, alle universitären Einrichtungen auf einem klar abgegrenzten Campusareal zu bündeln, wird zugunsten einer weitergehenden Perspektive aufgegeben, die verschiedenen Standorten unterschiedliche Funktionen und inhaltliche Profile zuweist.

Morgen

Die RUB arbeitet darauf hin, als international anerkannte Forschungsuniversität einen Platz unter den 15 führenden Universitäten Deutschlands einzunehmen. Sie wird neben der Grundlagenforschung ihre Aktivitäten in der angewandten Forschung sowie ihre internationalen Forschungsaktivitäten forcieren und ihr Profil durch Einwerbung weiterer Forschungsbauten und strategische Berufungen stärken.

In der UniverCity wird versucht, gemeinsam Talente und Begabungen zu entdecken und zu fördern, indem Bildungs- und Berufsbiographien aktiv begleitet, Rahmenbedingungen für eine breite Bildungsbeteiligung verbessert und Übergänge, insbesondere zum Studium, durchlässig gestaltet werden. Zudem sollen die Perspektiven nach dem Studium verbessert werden, indem auf berufliche Perspektiven in der Metropole Ruhr aufmerksam gemacht, berufstätigkeitsunterstützende Angebote geschaffen, die Gründungsbereitschaft erhöht, Gründungen unterstützt und die Hochschulen als attraktive Arbeitgeberinnen weiterentwickelt werden. Das Zusammenwirken von Wissenschaft und

Stadtgesellschaft soll gefördert und eine Willkommenskultur gelebt werden.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Bochum ist auf dem Weg zu einer Wissensstadt. Das wird die sozial-ökonomische wie die städtebauliche Wirklichkeit zunehmend verändern.

2.8 Herkömmliche und digitale Infrastrukturen

Die montanindustrielle Entwicklung des „Ruhrgebiets“ hat zu einem überdimensionierten Angebot an wirtschaftsnaher Infrastruktur geführt. Das gilt vor allem für das Angebot an Schienen, die inzwischen umgenutzt werden oder aber fragwürdig ungenutzt sind. Seit der Wiederaufbauzeit ist Straßeninfrastruktur für den automobilen Verkehr hinzugekommen. Sie leidet unter der durch Jahrzehnte vernachlässigten Instandhaltung. Die Einrichtung einer Schieneninfrastruktur für den ÖPNV ist zu wenig integriert, ihre Erhaltungsfinanzierung ungesichert. Diese herkömmliche Infrastruktur wird zunehmend durch die Anforderungen an eine digitale Infrastruktur ergänzt.

Heute

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft werden zu einer alltäglichen und umfassenden Erfahrung. Sie verändert die Art und Weise, wie sich Menschen miteinander austauschen ebenso wie das Arbeitsleben in Wirtschaft und Verwaltung. Die heutigen Anforderungen an eine digitale Infrastruktur richten sich primär an die Verfügbarkeit schneller Internetanschlüsse für Unternehmen, Schulen und Hochschulen und einen zeitgemäßen Bürger- und Unternehmensservice. Letzterer Anforderung kommt die Stadt perspektivisch durch eine neue städtische Internetplattform nach, mit der Behördengänge vereinfacht werden sollen. Der Anschluss Bochums an das Breitbandnetz

wird durch verschiedene kommerzielle Anbieter ermöglicht und entwickelt sich gut. Das Projekt Gigabit-City trägt dazu bei. Damit ist Bochum auf dem Weg zu einer soliden digitalen Infrastruktur.

Morgen und Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Die Stadt Bochum hat den Anspruch formuliert, zukünftig Vorreiter bei der Digitalisierung von Wirtschaft, Wissenschaft und städtischem Leben zu werden. Dazu entwickelt sie ein umfassendes Konzept, das insbesondere das städtische Leben bereichern und Bochum zu einem attraktiven Lebensort für junge, alte, kreative und unternehmerische Menschen – kurz: für alle machen soll. Dafür ist der Begriff Smart-City geprägt. Dabei zeichnen sich folgende Handlungsfelder ab: Gesundheit, Lernen, Verkehr, Handel und Industrie 4.0 sowie die öffentliche Verwaltung. In diesen und weiteren Sektoren muss Bochum durch eine intelligente städtische Vernetzung zu einer innovativen und attraktiven Stadt werden. Beispielhaft seien die Themen Arbeit und Qualifikation genannt.

Die aufkommende Digitalisierung und Industrie 4.0 ermöglichen es, neue Unternehmen in Bochum anzusiedeln. Dies erfordert die Verwirklichung eines schnellen Internets (5G) für Unternehmen einerseits, andererseits aber gut ausgebildete Fachkräfte sowie neue Lern- und Qualifikationskonzepte. Nur so lassen sich Unternehmen in Bochum halten und neue gewinnen. Dazu gilt es moderne Infrastrukturen an Berufsschulen und sogenannte digitale Lernfabriken, wie sie bereits in anderen Regionen entstehen, zu schaffen.

Weiterhin gilt es, intelligente Bildungsnetze aufzubauen, die Bochum zu einem Vorzeigeort für Qualifizierung und lebenslanges Lernen zu machen. So müssen Lernerfahrungen aus der Praxis stärker in die Lehr- und Lernangebote eingehen und die Erkenntnisse der angewandten Wissenschaft den Weg in die betriebliche Praxis und die Qualifizierung finden. Insbesondere beim Thema IT-Sicherheit bieten sich in Bochum dazu ausgezeichnete Chancen.

2.9 Energie- und Wasserversorgung

Energie und Wasser gehören zu den Grundbedürfnissen jeder Gesellschaft, es gibt ein Menschenrecht auf Wasser. Ihr Angebot ist wirtschaftlich organisiert, muss aber gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen folgen. Im 21. Jahrhundert ist der Verbrauch von Energie zu einem ökologischen Problem geworden mit gravierenden Auswirkungen auf das Klima. Das macht die kommunale Energiepolitik zu einer komplexen Herausforderung.

Heute

Die Energie- und Wasserversorgung Bochums wird durch die Stadtwerke Bochum GmbH erfüllt, deren Eigentümer die Stadt Bochum über die Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH gemeinsam mit den Städten Herne und Witten ist. Die Stadtwerke Bochum erreichen Erträge von mehr als 100 Mio. €.

Sie sind über das Stadtwerke-Konsortium Rhein-Ruhr, einem Zusammenschluss von sieben Stadtwerken (der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung, der Energieversorgung Oberhausen, den Stadtwerken Dortmund, Bochum, Essen, Dinslaken und Duisburg) an der Steag, der Steinkohlen-Elektrizität AG mit Sitz in Essen, dem fünftgrößten deutschen Stromerzeuger beteiligt. Damit sind sie von dem Ausstieg aus der Kohleverstromung betroffen. 2017 hat die Steag fünf Kohlekraftwerksblöcke stillgelegt.

Erneuerbare Energien werden durch Beteiligung am Windpark Borkum bezogen. Die Energieversorgung geschieht auch im Zusammenwirken mit der Ruhr-Universität, durch das gemeinsame Energiezentrum Stadtwerke RUB zur Wärmeerzeugung mit Blockheizkraftwerken mit der unique Wärme GmbH & Co.

Die Wasserversorgung erfolgt über die Gelsenwasser AG, deren Eigentümer die Stadtwerke Bochum gemeinsam mit den Stadtwerken Dortmund sind.

Bochum hatte sich um Innovation City beworben. Bochum ist zwar weit gekommen, den Zuschlag hat Bottrop erhalten. Eine sinngebende

Übertragung der Ergebnisse, Umstellungen und Fortschritte aus Bottrop auf andere Städte und damit auch auf Bochum wird vorbereitet.

Morgen und Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Die Perspektiven der Stadtwerke hat eine Studie der Universität Leipzig „Stadtwerke – fit für die Zukunft“ analysiert. Erforderlich wird eine Umstellung vom Versorger zum Dienstleister in den Bereichen vor allem von erneuerbaren Energien und auch Telekommunikation sein.

Eine Herausforderung ist die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung. Schon heute ist das in Städten zwischen Ruhr und Emscher in Sommermonaten zu 95% möglich, in Wintermonaten aber nur zu 5 %. Erforderlich sind also Speicherkapazitäten; erste sind installiert. Ein Speicher-Crash-Programm, gefördert vom Bund, wäre der wohl wirksamste Beitrag zur Energiewende. Das könnte die lokale Energiewirtschaft auch in Bochum radikal verändern. Aufgaben der Stadtwerke könnten dann die Hilfen beim Einspeisen privat erzeugten Stroms in die Netze sowie die Um- und Ausrüstung öffentlicher Gebäude für den Einsatz erneuerbarer Energie und Wärmeeffizienz sein.

Eine Vielfalt von einzelnen Handlungsbereichen verbindet eine Energiewendekonzeption in den Städten zwischen Ruhr, Emscher und Lippe mit dem Nachbergbau. Dazu gehören Windkraftanlagen auf Berghalden, Geothermie, Nutzung von Grubenwasser. Die Verbindung postmontanindustrieller Tätigkeiten mit Strategien zur Energieeffizienz könnte international gefragtes Know-how sein.

3 Bochum – Stadt in der Kulturlandschaft zwischen Ruhr und Ems

Zur Identifizierung mit einer Stadt gehören das Leben in ihrer Kulturlandschaft, das Kennen ihrer Geschichte und das Wissen über die weiteren Wege. Für Bochum ist das mit der Entwicklung vom montanindustriellen „Ruhrgebiet“ zur Metropole Ruhr verbunden.

3.1 Die Kulturlandschaft gestalten

Kulturlandschaftlich ist Bochum durch die Wasserscheide von Ruhr und Emscher geprägt. Die Renaturierung der Ruhr begann bereits 1913 und gewann mit dem Kemnader Stausee für Bochum besondere Bedeutung. Seit 2005 erfolgt die Renaturierung der Emscher und ihrer Nebenläufe. Deren südliche Nebenläufe in Bochum waren lange verborgen oder zu „Köttelbecken“ missbraucht. Mit dem Emscherumbau entsteht für die ganze Region ein großes Potential zu ihrer nachhaltigen Aufwertung.

Planerische Grundlage der Entwicklung der Kulturlandschaft im „Ruhrgebiet“ sind die Regionalen Grünzüge, die bereits 1920 vom damaligen SVR festgelegt wurden. Bochum betreffen die regionalen Grünzüge C, D, E und F.

Heute

... sind die Ruhr und ihre Uferbereiche als Erholungs- und Freizeitraum erfahrbar, wie die nördlichen Nebenläufe zur Ruhr. Die Freizeit Kemnade GmbH verbessert die Möglichkeiten dauerhaft. Das Zeltfestival Ruhr ist ein attraktiver Event. Seit dem Beginn der Renaturierung der Emscher werden auch deren südlichen Nebenläufe erfahrbar – voran der Marbach, Bochums längstes Fließgewässer. Ihre Ufer können als wohnungsnahe Freiräume genutzt werden. In Bochum – „einer Stadt ohne Wasser“ – entwickelt sich die Erfahrbarkeit von insgesamt 113 Kilometer Fließgewässern. Dazu kommen fünf stehende Gewässer; zum Kemnader See an der Ruhr kommen der Ümminger See, die Grummer Teiche, die Harpener Teiche und der Hofsteder Weiher hinzu, die sich auch im Zusammenhang der Emscher-Renaturierung weiter entwickeln lassen.

Die industriell geprägte und dabei teilweise verschandelte Kulturlandschaft ist korrigierend durch Naturschutz- und Landschaftsgebiete gekennzeichnet. Größtes Naturschutzgebiet ist die „Tippelsberg-Berger Mühle“ mit 53,56 ha. Es liegt im Norden Bochums wie auch, zerteilt, „Blumenkamp“, „Hofsteder Weiher“ und „Oberes Oelbachtal“.

In Querenburg liegen „Königsbüscher Wäldchen“ und „Waldsiepen Hevener Straße – Im Lottental“. Die Gebiete im Süden haben eine mit der Gründung der Ruhr-Universität verbundene bedeutsame Ergänzung gefunden, mit dem Botanischen Garten einschließlich des Chinesischen. Sie gilt es jenseits ihres universitären Nutzens zu erhalten.

60 Landschaftsschutzgebiete liegen kaum in ein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept integriert im Stadtgebiet verteilt, ihre ökologische Qualität ist teilweise gering. Charakteristisch für das „Ruhrgebiet“ sind Kleingärten und Grabeland.

Morgen und Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Vor hoher Bedeutung für eine Kulturlandschaft als Lebensraum ist ihre Erfahrbarkeit, in Bochum vor allem die von Grün und Wasser. Das gilt ganz wesentlich für die regionalen Grünzüge, die Bochum in Nord-Süd Richtung durchziehen. Sie müssen ins alltägliche Bewusstsein gerückt werden. Das gilt ebenso für die renaturierten Grünzüge der Emscher-Nebenläufe.

In Bochum sollten weitere Naturschutzgebiete festgelegt werden. Der Regionale Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr weist dazu Vorhaben aus. Es sind „Henkenberg und Siepen westlich Stiepel“ und die „Stiepeler Ruhrhänge“ im Süden, auch im Südwesten jetzt das „Weitmarer Holz“ und die „Sunderner Ruhrhänge“, dazu im Osten, in Langendreer, der „Heimelsberg“ und „Herrnsiepen“. Lediglich Wattenscheid bleibt damit ohne Naturschutzgebiet, der Regionale Grünzug C bietet sich dafür als Suchraum an.

3.2 Die industrielle Prägung bewahren

1974 schloss mit dem Bergwerk Holland in Wattenscheid die letzte Zeche Bochums in seinen heutigen Grenzen. Weitere bergbaunaher Einrichtungen verließen die Stadt. Neue Industriebetriebe wie Opel und Nokia schufen über mehrere Jahrzehnte zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Aber sie entfalteten keine nachhaltige unternehmer-

rische Wirkung für die wirtschaftliche Entwicklung. Auch die Stahlindustrie ging zurück. Aufgelassene Standorte werden für die Stadtentwicklung genutzt als Standorte für die Produktion sowie für andere räumliche Zwecke; der Westpark ist dabei herausragend.

Heute – Wettbewerbsfähige Stahlproduktionen sind zu verteidigen, aber auch neue Wege zu gehen

Das Erbe des Bergbaus wird genutzt, mit seinen auch neuen Arbeitsplätzen, so von der Technischen Hochschule Georg Agricola, dem Bergbaumuseum, das derzeit erneuert wird, der Knappschaft Bahn-See, den Krankenhäusern Bergmannsheil und Knappschaftskrankenhaus Langendreer, beide sind das Universitätsklinikum Bochum einbezogen, einer Niederlassung von British Petrol in der Nachfolge von ARAL. Weitere mit dem Bergbau und der Stahlindustrie entstandene Unternehmen in den Bereichen Materialentwicklung, Recycling, Antriebstechnik und Wasserwirtschaft leben nach Ende dieser Branchen fort.

Morgen

Weichen müssen in Richtung neuer industrieller Produktionen und Branchen gestellt werden. Mit der Erschließung der ehemaligen Opel Fläche wird perspektivisch eine für Unternehmen und Wissenschaft einmalige Chance zum Innovationstransfer geschaffen. Mit Mark 51°7 (ehemalige Opelfläche) entsteht ein Symbol des Wandels und Aufbruchs in Bochum. Andere Technologien und Innovationen ermöglichen Chancen auf Wandel und Wachstum in Bochum. Dazu zählen insbesondere die Bereiche Medizintechnik, Industrie 4.0, 3D-Druck und IT-Sicherheit. Diese Potentiale gilt es zu identifizieren, zu entwickeln und in Form neuer Unternehmen anzusiedeln.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Bochum kann ein europäisches Zentrum der Bewahrung des Bergbaus und seines technologischen Wissens sowie der Nachbergbauforschung mit damit verbundenen globalen Exportmöglichkeiten werden.

4 Bochum – auf dem Weg zur Europäischen Stadt in der Wissensgesellschaft mit seiner Industriekultur

Als Stadt in der Agglomeration Ruhr und Mitglied des RVR ist Bochum von deren übergreifenden Entwicklung geprägt, gemeinsame Planungen wie der Regionale Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr und der in Aufstellung befindliche Regionalplan Ruhr stellen den realen und rechtlichen Rahmen dar. Das ändert nichts an der Herausforderung, für Bochum eine Stadtentwicklungsstrategie zu konzipieren, die Defizite der ungeplanten Siedlungsstrukturen der montanindustriellen Vergangenheit überwindet hin zur **europäischen Stadt mit Industriegeschichte in der Wissensgesellschaft**. Dem dient die kommunale Planungshoheit, die weiter bei der kommunalen Selbstverwaltung der Stadt Bochum liegt. Sie bietet die zentrale Chance zur kommunalpolitischen Gestaltung der Stadtentwicklung, dazu bedarf es der räumlichen Orientierung und Ordnung.

4.1 Perspektiven der Bochumer Stadtentwicklung

Die gegenwärtig erfahrbare städtebauliche Realität Bochums ist das Ergebnis seiner Stadtwerdung. Sie ist anders als die mitteleuropäische Stadtentwicklungsgeschichte. Nicht durch kontinuierlich angelagerte Wachstumsringe, die vom Stadtkern in die Landschaft wuchsen, entstand Bochum, sondern es wurde dort gebaut, wo sich Kohle schürfen ließ und Stahlwerke genügend große Flächen an den Infrastrukturnetzen aus Bahnlinien, Straßen, Leitungstrassen und zu Abwasserwegen denaturierten Fließgewässern fanden. Wohnbereiche lagerten sich in Fuß- oder Fahrradentfernung an die gewerblichen Flächen an und bildeten eigene Siedlungsbereiche aus. Sie folgten dem unternehmerischen Erfordernis von Zechen oder Fabriken, Arbeitskräfte und ihre

Familien kostengünstig unterzubringen. So entstanden relativ kleinteilig strukturierte Wohnbereiche neben großmaßstäbigen Fabrikarealen, die häufig mit Mauern umgrenzt waren als nicht öffentlicher Raum. Dabei wurden die Nutzungskonflikte aus dem direkten Nebeneinander von ruhigem, schutzbedürftigen Wohnen und den stark emittierenden Fabriken bedenkenlos angelegt und wohl auch akzeptiert.

Diese Siedlungen und Areale integrierten sich nicht zu einer planvoll entwickelten Stadt mit ihren vielfältigen Funktionen und Nutzungen. So entstand eine relativ inhomogene Stadtstruktur, deren schroffe Brüche und klaffende Leerstellen bis heute sichtbar sind. Der so einmal gewachsene Zustand Bochums bildet eine nur schwer und nur langsam veränderbare Basis für die weitere Stadtentwicklung.

Dabei haben sich viele Menschen, vor allem die mit der Montanindustrie gelebt und dort gearbeitet haben, an diese Siedlungsstrukturen als ihren Lebensraum gewöhnt. Der Weg in die Wissensgesellschaft macht aber ein Weiterdenken erforderlich, das von der Bestandserfassung ausgehen muss.

Heute

Angesichts steigender Nachfrage nach Wohnraum ist festzuhalten, dass kaum eine Nutzung so langlebig ist wie das Wohnen. Nur sehr selten werden Wohngebiete völlig zurückgebaut und mit neuen Nutzungen versehen. Selbst die katastrophalen Folgen des Weltkrieges und der nachfolgende massive Stadtumbau zum autogerechten, als „modern“ verstandenen Bochum konnten die Beständigkeit der Wohnquartiere nicht erschüttern.

Bestand haben auch die nachteiligen Erbschaften aus der Industrieentwicklung. Die hohen Kosten für die Beseitigung der Altlasten haben in vielen Fällen Nachdenken über andere Nutzung verhindert: Industrie- und Gewerbeflächen blieben als solche erhalten. Das konfliktträchtige Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe erfordert inzwischen besondere Lärmschutzmaßnahmen, wie hohe Wände oder Wälle, und die Gewerbebetriebe müssen innerhalb ihrer Gebäude ihre

Emissionen kapseln. Wenn Dienstleistungsnutzungen nachgesiedelt wurden, verfestigte sich Entwicklung aus der industriellen Gründerzeit, und es gingen wichtige Büropotentiale der Innenstadt verloren, die sie zur Festigung und Steigerung ihrer Zentralität benötigt. Die Resistenz gegenüber Veränderungen und der geringe Umnutzungsdruck erlauben in der Regel nur punktuelle, kleinteilige oder auch quartiersbezogene Interventionen. Die geringere Dynamik auf dem Bochumer Bodenmarkt nach dem Rückzug der Montanindustrie sorgt zudem dafür, dass keine spekulativ motivierten Abrisse erfolgten.

Bochum besteht aus vielen einzelnen Siedlungsbereichen, die sich mehr oder weniger systematisch zu Siedlungsschwerpunkten herausbildeten. 30 bis 40 kleinste, kleine, mittelgroße und große Zentren mit der Mindestausstattung aus Kirchen, Einzelhandelseinrichtungen und Gaststätten verteilen sich über die Stadt. In allen Bochumer Zentren nimmt das Wohnen eine dominante Bedeutung ein. Untereinander verbunden sind die Zentren durch zumeist bereits historische angelegte Verbindungsstraßen, von denen die größeren, ganz klassisch, als Cityradialen strahlenförmig ins Bochumer Stadtzentrum zielen. In der Innenstadt sowie in den Stadtteilzentren und ihren unmittelbaren Randlagen finden sich die gründerzeitlichen Wohnviertel mit ihren zumeist drei-, vier- bis zu fünfgeschossigen Wohngebäuden und dem Nutzungsmix. Dank ihrer höheren baulichen Dichte, ihrer klar gestalteten Straßenräume mit den auf den öffentlichen Raum ausgerichteten Häusern und den Straßenbäumen sowie ansatzweise urbanen Flairs mit Geschäften und Läden sind etwa das Stadtparkviertel und das Ehrenfeld oder auch die Bereiche um den Stadtgarten in Wattenscheid und entlang der Bahnhofstraße in Langendreer attraktive Wohngebiete mit erhaltenswerter Baukultur.

Das räumliche Nebeneinander von zwei städtebaulichen Strukturen, der Bochumer Innenstadt – vor der Montanindustrialisierung eine kleine Bürgerstadt – und den Hinterlassenschaften der schnell gewachsenen Industriestadt prägen dauerhaft das Bild der Stadt.

Die Weiterentwicklung Bochums aus seiner industriegeschichtlichen Vergangenheit heraus hin zur Europäischen Stadt bedarf des effektiven Denkmalschutzes.

Morgen und Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Die Umsetzung von Planungsvorstellungen erfolgt auf der Grundlage Integrierter Entwicklungskonzepte (ISEK). Für einige Stadtteile und Quartiere Bochums gibt es sie. Sie sind Voraussetzung für die Förderung des Landes NRW, des Bundes und der EU, ohne die eine Realisierung zu meist unmöglich ist.

Ein Problem bei allfälligen Erneuerungsprojekten ist die Dauer von Baustellen. Zeitliche Konzentration der Maßnahmen ist zu bevorzugen, selbst wenn sie zu einer ebenfalls zeitlich konzentrierten aber verkürzten Beeinträchtigung Betroffener führt. Eine Abschnittsbildung, die zu kürzeren Beeinträchtigungen führt, sollte versucht werden.

a) Gesamtstadt

Umfassende räumliche Planungen im Sinne eines übergreifenden Gesamtrahmens der Stadtentwicklung liegen bisher für Bochum nicht vor. Der Regionale Flächennutzungsplan im Maßstab 1:50.000 kann diese Aufgabe nicht leisten. Ältere Ansätze waren durchaus leitend, wie das Konzept der „Cityradialen Bochum“ für die Erneuerung der großen Radialstraßen – Dorstener Straße, Herner Straße, Wittener Straße, etc. Weniger Wirkung entfaltet das Räumliche Entwicklungskonzept „Perspektiven 2015“, das im Geiste der damals noch frischen IBA Emscher Park über geclusterte Projekte Handlungsschwerpunkte beschrieb.

Für die Gesamtstadtebene ist deshalb ein Integriertes Entwicklungskonzept dringend erforderlich. Dabei sollten die Handlungsziele der Stadtentwicklung einem räumlichen Leitbild folgen – für die Gesamtstadt wie für die Quartiersebenen. Aus der Überlagerung von städtebaulichen, technischen und sozialen Grundlagen durch die überordneten Ziele und Vorgaben der „Bochum Strategie“ wie der „Drei-Pole-

Strategie“ der Ruhr-Universität Bochum kann ein „räumliches Regiebuch“ entwickelt werden.

Aus einer **integrierten Gesamtplanung** werden sich aktiv anzugehende Interventionsräume herausbilden. Sie müssen nicht alle mit den gleichen Instrumenten und dem gleichen Aufwand angegangen werden; je nach Chancen- und Problemlage unterscheiden sie sich. Anzustreben sind Instrumente, die auch für kleine Projekte wirksame Eingriffe erlauben, um auch ohne eine aufwendig beschlossene Gebietskulisse Förderung durch das Land NRW und den Bund möglich zu machen.

b) Stadtteile und Quartiere

Die 30 bis 40 kleinsten, kleinen und mittelgroßen Zentren sowie die zwei größeren Zentren – Innenstadt und Wattenscheid – sind zusammen mit der Wohnung, dem Haus, der unmittelbaren Nachbarschaft, den Orten der Arbeit und des Lernens, der Freizeit und des Sportes, die räumlichen Lebensmittlen der Bochumer.

Die Zentren von Bochum und Wattenscheid besitzen wichtige funktionale und mentale Bedeutungen. Im Zusammenhang der kommunalen Neugliederung 1975 entstandene oder empfundene Benachteiligungen Wattenscheids müssen weiter ausgeglichen und damit überwunden werden.

Die derzeitigen Stadterneuerungsgebiete liegen auf einem Gürtel entlang des alten Hellwegs: Vom Zentrum Wattenscheids im Westen, über das Westend, die Bochumer Innenstadt, das bereits „gesetzte“ Gebiet „Nachhaltigkeit nimmt Quartier“ in Hamme, die baulichen Maßnahmen der Vereinigten Bochumer Wohnungsgesellschaft in der Flussesiedlung, Laer mit Mark 51°7 (ehemalige Opelfläche) und Langendreer-Werne im Osten der Stadt.

Mit einzelnen Planungen werden wichtige Handlungsbereiche, wie die Urbanisierung und Weiterentwicklung des Campus Bochum, die Entwicklungschancen für die ehemaligen Werksflächen Opel II und III und Probleme, etwa mit dem Verkehr in Hilstrup, Gerthe, Riemke,

Hamme und Stiepel und auch die weitere Entwicklung des Stadtteilzentrums in Gerthe untersucht.

In Bochum lässt sich das typische Nord-Süd-Gefälle in der sozialen Verteilung der Bevölkerung nicht so deutlich herauslesen, wie dies etwa bei den benachbarten Hellwegstädten Essen und Dortmund erkennbar ist. Die Autobahn A 40 ist hier nicht der „Sozialäquator“ zwischen Arm im Norden und Reich im Süden, sondern markiert ein Band von urbanen Bereichen. Hier werden die baulichen und sozialen Anpassungs- und Entwicklungsmaßnahmen mit Hilfe von EU-, Bundes-, und Landesmitteln angegangen. Zunächst erfolgte das im Westend, mit den Stadtteilen Goldhamme, Stahlhausen und Griesenbruch als späte programmatische Ergänzung des zentralen Projektes der Internationalen Bauausstellung Emscher Park in Bochum, dem Westpark mit der Jahrhunderthalle Bochum. Auf diesem Ost-West-orientierten Gürtel der Stadt werden dann die städtebaulichen und sozialräumlichen Herausforderungen in Wattenscheid, in der Innenstadt Bochum, rechts und links der Wittener Straße der Stadtteil Laer und der Technologie- und Forschungsbereich von Mark 51⁷ auf dem ehemaligen Werksgelände von Opel I sowie sehr große Teile in Langendreer-Werne aktiv vorbereitet.

Im Stadterneuerungsgebiet „Gesunde Stadt Wattenscheid“ sollen neben der energetischen, technischen und gestalterischen Modernisierung Nachverdichtungspotentiale gehoben werden. Die Nutzung von Baulücken, Aufstockungen und die Umwandlung von ungenutzten und fehlgenutzten Bereichen zum Neubau steigert das Angebot und muss Wohnungsverluste aus der Modernisierung auffangen. Bestandsersetzende Neubauten sorgen für eine Verjüngung der baulichen Strukturen und schaffen einen neuen höheren Standard, der dann wieder anreizfördernd auf den Bestand zurückwirkt.

c) Denkmalschutz

Denkmäler sind prägende Ecksteine der Stadtentwicklung, insbesondere auch der zukünftigen. Bei den denkmalpolitischen Entscheidungen ist immer zu beachten, dass nach § 2 des Denkmalschutzgesetzes NRW Denkmäler Sachen sind, die „bedeutend für die Geschichte des Menschen, für Städte und Siedlungen oder für die Entwicklung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse sind.“ Ein kulturhistorischer Wert ist nicht ausschlaggebend. Dem Beispiel anderer Städte auch in der Region zwischen Ruhr, Emscher und Lippe folgend könnte von der Stadt Bochum als Unterer Denkmalbehörde im Zusammenwirken mit der Kortum-Gesellschaft ein „Denkmal des Monats“ öffentlichkeitswirksam publiziert werden.

4.2 Wohnraum in einer nachhaltigen stadträumlichen Entwicklung

Die historisch gewachsene kleinteilige Siedlungsstruktur mit ihren unterschiedlichen Wohnformen hat die Herausbildung einer sozialen Mischung des Wohnens in Bochum begünstigt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Wohnungsbauentwicklung durch einen forcierten Sozialen Wohnungsbau bestimmt. Er war Motor für die Entwicklung von Wohnbauflächen für eine soziale Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. So gelang es in vielen Quartieren, sozial ausgewogene Verhältnisse zu schaffen. Trotz kräftiger Erschütterungen in Folge des Endes der montanindustriellen Strukturen lassen sich nur wenige und kleine prekäre Wohnbereiche in Bochum finden. Im Vergleich mit anderen Großstädten zeigen sich nur relativ geringe soziale und funktionale Segregationserscheinungen. Bochum bietet eher ausgeglichene Lagen. Demzufolge liegen die Miethöhen in den Stadtteilen relativ dicht zusammen. Gentrifizierungserscheinungen sind schwach ausgeprägt, wengleich sich bevorzugte Wohnviertel für unterschiedlichste Gruppen und verfügbare Einkommen herausgebildet haben. Wenn in anderen Städten zunehmend vom Verdrängen der Mittelschicht aus angestammten Quartieren berichtet wird, ist dies für Bochum fremd

und derzeit nicht absehbar. Der aktuelle Mietspiegel konstatiert: „Die ganz überwiegende Mehrheit der Mietwohnungen in Bochum befindet sich in normalen Wohnlagen“. Für BestandhalterInnen und InvestorInnen ergibt sich aus der insgesamt stabilen bzw. ausgeglichenen Lage in Bochum ein relativ geringes geographisches Risiko, allerdings auch nur wenige Chancen zur Realisierung von hohen Renditen.

Die Ansprüche an Wohnraum sind in Deutschland kontinuierlich gestiegen, jahresdurchschnittlich um einen halben Quadratmeter. Betrug die verfügbare Wohnfläche/EinwohnerIn im Jahre 1950 noch 14 qm, so sind es aktuell in Westdeutschland bereits 46 qm. Das „Ruhrgebiet“ liegt zudem als frühere montanindustrielle Agglomeration mit seiner niedrigen Eigentumsquote deutlich hinter diesen Durchschnittswerten zurück. Trotz der auch in Bochum erkennbaren wachsenden Flächenansprüche ist die Wohnungsnachfrage in den vergangenen 20 Jahren quantitativ kaum gestiegen, der Rückgang der Einwohnerzahl mit kontinuierlichen Wanderungsverlusten, auch in benachbarte Kommunen, und relativ geringe Einkommenszuwächse waren die Gründe. Das Einwohnerwachstum seit 2015 hat diesen Zustand beendet.

Heute

In Bochum leben heute rd. 370.000 Menschen in etwa 197.000 Wohnungen. Die ca. 191.000 Haushalte wohnen auf einer durchschnittlichen Wohnfläche je Wohnung von rd. 71 qm. Im Durchschnitt stehen jeder Person rd. 38 qm Wohnfläche zur Verfügung.

Das Wohnen spielte in Bochum seit der Bewältigung der Zuzüge aus der Öffnung des Eisernen Vorhangs in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts nur noch eine untergeordnete Rolle. Weder wurde die Nachfrage bzw. der Bedarf für zusätzlichen Wohnraum gesehen, noch wurde Wohnen als Instrument der Stadtentwicklung aktiv genutzt. In allen Städten zwischen Ruhr, Emscher und Lippe wurde über eine produktive Grünraumentwicklung als Mittel mit der falsch prognostizierten „Bevölkerungsschrumpfung“ umzugehen diskutiert. Seit der

Jahreswende 2014/2015 überstiegen die Zuzugszahlen die Sterbeüberschüsse und noch vor den deutlichen Flüchtlingszuzügen 2015/2016 musste die zuvor auf Schrumpfen und Konsolidieren ausgerichtete Entwicklungsstrategie überprüft werden. Die Wohnbauflächenentwicklung erhielt eine neue Ausrichtung. Historisch niedrige Zinsen beförderten die Investitionen in die Immobilien. Auf den angespannten Wohnungsmarkt reagierte die Stadt mit einem Sofortprogramm, das administrative Änderungen vorsah und mit einer Flächenoffensive, um dem Markt unmittelbar Bauland zur Verfügung zu stellen. In einem breit angelegten Handlungskonzept „Wohnen“ sollen Vorgaben für eine neue Ausrichtung des Wohnens in Bochum erarbeitet werden.

Der Bestand von rund 200.000 Wohnungen enthält eine Eigentumsquote von ca. 40%. Das Einwohnerwachstum seit 2015 betrifft vor allem die Verfügbarkeit preiswerten, bezahlbaren Wohnraums für breite Schichten der Bevölkerung. Gab es in Bochum im Jahre 2004 noch rd. 26.000 öffentlich geförderte Wohnungen mit Mietpreisbindung, so waren es im Jahre 2014 nur noch ca. 13.000; und dies angesichts der Tatsache, dass fast die Hälfte der Bochumer Haushalte aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse einen Anspruch auf einen „Wohnberechtigungsschein“ haben. Auf der Grundlage eines breit angelegten Erarbeitungsprozesses „Handlungsprogramm Wohnen“ sollen noch 2017 die Eckwerte des langfristig zu erwartenden Wohnungsbedarfs vom Rat beschlossen werden. Auf dieser Grundlage kann auch der konkrete Handlungsbedarf hinsichtlich der dafür notwendigen Flächenmobilisierung und der Schaffung von Planungsrecht und Erschließung festgestellt werden. Bochum hat die große Chance, die historische Tradition der Mischung im Wohnungsbau fortzuführen. Dazu ist das Instrument der Quotierung geförderten und nicht geförderten Wohnungsbaus quartiersbezogen konsequent umzusetzen.

Morgen

Voraussetzung für die Realisierung von kontinuierlichem Wohnungsbau ist das planerische und rechtliche Aufbereiten von Wohnbauflächen und deren Weiterbearbeitung durch Bebauungspläne bis hin zur Erschließung und Vermarktung durch die Stadt oder durch private Investoren. Dabei muss der Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung mit Blick auf Schonung der natürlichen Ressourcen und Stärkung der Quartiere noch stärker wirken.

Das derzeit größte Wohnungsbauprojekt ist die Entwicklung des Ostparks in den Stadtteilen Altenbochum und Laer. Es sollen hier auf rd. 13 ha etwa 1.000 Wohneinheiten in verschiedensten Bau- und Finanzierungsformen entstehen. Da die Stadt Eigentümerin des größten Flächenanteiles ist, besteht die Chance, ein gut durchmischtes und auf die Umgebung abgestimmtes Areal mit neuem Wohnungsbau zu realisieren. Zugleich soll ein 12 ha großer neuer Park entstehen, der einen unmittelbaren Anschluss an den östlich anschließenden Grünzug D besitzt. Für den Stadtteil Laer, der gerade durch den Niedergang des Opelwerks I besonders benachteiligt ist, ergibt sich ein nach vorne gerichteter Impuls und für Altenbochum eine wichtige Auffrischung durch den Zuzug von jungen Familien. Dieses Projekt kann mit den auch städtebaulichen Interessen der Ruhr-Universität an der Nutzung von Flächen des ehemaligen Opelwerks I verbunden werden.

Zum Handlungsbereich Wohnen gehören auch Probleme der Obdachlosigkeit. Sie sind eher ein soziales Problem als eines von verfügbarem Wohnraum. Für tatsächliche Obdachlose sollten insbesondere winterfeste Unterkünfte bereitstehen, sofern die Mittel der Sozialhilfe kurzfristig nicht wirksam sind.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Bei der Umsetzung des Handlungskonzepts Wohnen sind die Bedarfe unterschiedlicher Zielgruppen zu befriedigen. Dabei gilt es angesichts des Wegbrechens sozialen Wohnraums insbesondere die Investitionen in den sozialen Wohnungsbau zu stärken.

Auf der Grundlage eines breit angelegten Erarbeitungsprozesses des „Handlungsprogramms Wohnen“ sollen noch im Jahr 2017 die Eckwerte des langfristig zu erwartenden Wohnungsbedarfs vom Rat beschlossen werden. Auf dieser Grundlage kann auch der konkrete Handlungsbedarf hinsichtlich der dafür notwendigen Flächenmobilisierung und der Schaffung von Planungsrecht und Erschließung festgestellt werden. Zusätzlicher Wohnraum ist räumlich am ehesten durch behutsame Nachverdichtung und Ersatzbauten in Bestandsquartieren erreichbar. Dazu gehört auch die Aufstockung bestehender Wohngebäude. Eine Geschosshöhe von bis zu sechs Geschossen entspricht der Siedlungsstruktur metropolitaner Städte, wobei hohe Häuser nicht als Solitäre, sondern eingefügt in eine Blockrandbebauung mit attraktiven Innenhöfen errichtet werden können. Räumlicher Orientierungsrahmen für die Schwerpunkte der zukünftigen Wohnbautätigkeit sollten vorrangig die bestehenden Stadtquartiere sein, die dadurch auch neue Nachfrageimpulse im Bereich ihrer Versorgungsaufgaben erfahren.

Mit steigender Einwohnerzahl und entsprechend mehr Wohnungen ändert sich die Stadtstruktur hin zu höherer Bevölkerungsdichte. Das macht neue stadtoökologische Konzepte erforderlich. Bauen mit Grün ist das notwendige Konzept.

4.3 Öffentlicher Raum

Lebens- und Sozialraum für alle erfordert den gesellschaftlich integrativen Zusammenhang von privatem Raum zum Wohnen und öffentlichem Raum zu sozialer Kommunikation. In einer postmontanindustriellen Stadt hat öffentlicher Raum besondere Bedeutung. Über Jahrzehnte waren große Areale auch Bochums für die Bürger verschlossen, verfügbar nur für die montanindustrielle Nutzung.

Heute

Bochum verfügt durchaus über öffentlichen Raum – zugänglich für alle. Das sind seit Ende des 19. Jahrhunderts der denkmalgeschützte Stadtpark und Parks in mehreren Stadtteilen. Es besteht jedoch ein

Mangel an gut gestalteten Plätzen und Straßenräumen. Seit den 1970er Jahren gibt es Fußgängerbereiche vor allem in der Bochumer Innenstadt und in Wattenscheid. Neu hinzugekommen sind der Westpark, der weiter gestaltet wird, als auch die Öffnung des Präsidentengeländes in Hamme und des Springorumgeländes in Weitmar.

Morgen

Mehr öffentlicher Raum ist zuerst in den Quartieren und Stadtteilen zu gestalten, eben in Form von ablesbaren Plätzen und Straßen mit Aufenthaltsqualität. Stadträumlich wird dem Westpark der Ostpark als neuer Park gegenübergestellt. So lässt sich von der Innenstadt durch alle Stadtteile und Quartiere hin zur Ruhr und zu Grünanlagen im Norden ein durch Fuß- und Radwegen verbundener öffentlicher Raum entwickeln, der auch Freizeit- und Sportangebote, Einkaufsmöglichkeiten und Kultureinrichtungen sowie Veranstaltungsorte miteinander verbindet.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Eine Stadtentwicklungsstrategie, die Defizite der ungeplanten Siedlungsstrukturen der montanindustriellen Vergangenheit überwindet, kann einen urbanen Raum schaffen, der sich EinwohnerInnen und BesucherInnen als öffentlicher Kommunikations- und Kulturraum darbie- tet.

4.4 Mobilität: Fuß – Rad – Auto – ÖPNV, wirtschafts-, kinder-, alten- und behindertengerecht

Die relativ geringe Siedlungsdichte im Kernraum eines Ballungsgebietes und damit in Bochum bringt Nachteile für eine ökologisch nachhaltige Mobilitätsentwicklung mit sich: Sie erzeugt zusätzliche Pendlerströme aus den Außenbereichen Bochums und umliegenden Kommunen. Damit sorgt sie für eine stärkere Belastung der Straßen. Gleichzeitig erschwert sie den Aufbau und die Unterhaltung eines ef-

fektiven öffentlichen Nahverkehrssystemen, weil die Region verkehrsbezogen nicht als hochverdichteter Ballungsraum – vergleichbar mit Berlin oder München – wahrgenommen wird.

Heute

In Bochum werden 56 % der Wege mit dem Pkw, 24 % zu Fuß, 16 % mit öffentlichen Verkehrsmitteln, 5 % mit dem Fahrrad zurückgelegt. Dabei ist seit den 1990er Jahren der Anteil der öffentlichen Verkehrsmittel gewachsen, zulasten des Fußverkehrs, der um 3 Prozentpunkte und des motorisierten Individualverkehrs, der um zwei Prozentpunkte sank. Der Radverkehrsanteil ist gleich geblieben.

Dabei sollten in Bochum alle VerkehrsteilnehmerInnen gleichberechtigt sein, denn alle EinwohnerInnen wünschen gefahrlose und behinderungsgerechte Mobilität. Das Mobilitätsproblem Bochums und der anderen Städte zwischen Ruhr, Emscher und Lippe liegt in einem für metropolitane Räume zu hohen Verkehrsanteil des Personenkraftverkehrs. Die ökologischen Folgen zeigen sich aktuell in einer zu hohen Stickoxid-Belastung, gemessen vor allem an der Herner Straße. Dem entspricht ein unzureichendes Angebot im ÖPNV - erkennbar vor allem in zu niedrigen Taktzeiten - und fehlenden Querverbindungen zwischen den Stadtteilen. Verglichen mit anderen metropolitanen Städten war in den Städten zwischen Ruhr, Emscher und Lippe die Förderung des ÖPNV durch den Bund eklatant benachteiligend, wobei die Förderung intransparent ist.

Es fehlt auch ein geschlossenes Fahrradwegenetz. Weiter gibt es Unsicherheiten für FußgängerInnen und Benachteiligungen für Ältere und Behinderte. Rollatorengerechte Busse und Bahnen im ÖPNV sind unverzichtbar. Erforderlich sind dann individuelle Angebote an Personen, die den ÖPNV nicht mehr benutzen können; das sollte im Rahmen sozialer Betreuung ermöglicht werden. Die absehbare weitere Digitalisierung kann dies erleichtern.

Als bedeutende Hochschulstadt ist Bochum auf eine kontinuierliche Anbindung an den Bahn-Fernverkehr angewiesen. Die Aufhebung einiger IC-Halte ist damit unakzeptabel. Zwischen den Universitäten Bochum, Dortmund und Essen-Duisburg sind optimale Nahverkehrsverbindungen eine Notwendigkeit. Vor allem zwischen Bochum und Dortmund ist die Verbindung eine Katastrophe.

Die Stadt Bochum hat 1997 einen ersten Nahverkehrsplan (NVP) aufgestellt, der 2009 fortgeschrieben wurde. Dieser NVP 2009 legte als einer der ersten Nahverkehrspläne Qualitätsstandards und Zielvereinbarungen der Verkehrsbedienung fest. Der Entwurf einer zweiten Fortschreibung wurde 2016 veröffentlicht.

Morgen

Minimale Herausforderung der nächsten Jahre ist es, Infrastruktur und Betrieb des öffentlichen Verkehrs zumindest auf dem heutigen Stand zu halten und nach Möglichkeit zu optimieren. Das entspricht schon nicht der Notwendigkeit die Nutzung des ÖPNV aufgrund seiner sozialen, verkehrlichen und wesentlichen ökologischen Funktionen weiter zu steigern. Demographischer Wandel, Integration und Inklusion verschiedener Nutzergruppen, Barrierefreiheit und Sicherheit gehören dazu. Der Nahverkehrsplan fußt auf einer Analyse der räumlichen Rahmenbedingungen. Vor dem Hintergrund der Ziele, Qualitätsstandards und absehbarer Entwicklungen ist es zentraler Bestandteil des NVP, mit klaren Vorgaben und Weichenstellungen den Nahverkehr für die Zukunft zu rüsten.

Beim Verkehrsangebot muss die Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln, also mit dem automobilen Verkehr samt Carsharing und dem Radverkehr optimiert werden. Beim Betrieb und Technik lassen sich Fahrzeugtechnik, Telematik und Medien sowie Vorrangschaltungen an Lichtsignalanlagen, dynamische Fahrgastinformationssysteme, internetbasierter Vertrieb und Information verbessern.

Der polyzentrische Verteilung der Siedlungsflächen in Bochum entsprechend muss der ÖPNV, auch in den Quartieren der Randbereiche, annähernd flächendeckend attraktive Verkehrsleistungen anbieten.

Neben den Wohnquartieren stellen gewerbliche Zentren bedeutende Quellen und Ziele des ÖPNV dar. Geschäftszentren werden noch ergänzt durch Sonderstandorte des Einzelhandels, vor allem Ruhrpark, Hannibal, Castroper Hellweg, Hofsteder Straße. Lücken bestehen bei der fußläufigen Erreichbarkeit von Nahversorgern. Der ÖPNV hat hier eine besondere Bedeutung, um die Versorgung insbesondere ÖV-gebundener NutzerInnen, älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen sicherzustellen. Die Stadtverwaltung und die kommunalen Unternehmen beginnen sich auf die Elektromobilität einzustellen. Das gilt für die Installierung von E-Ladesäulen, bis 2018 sind 35 vorgesehen. Das gilt für die Nutzung von eigenen Fahrzeugen mit Elektro- oder Hybridmotoren.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Die Entwicklung der Mobilität in Europa steht vor einschneidenden Veränderungen. Was noch vor einigen Monaten undenkbar war, wird heute breit beschrieben: das Ende des Autoverkehrs mit Verbrennungsmotor. Andere Individualfahrzeuge, aber vor allem neu organisierter Öffentlicher Verkehr müssen verstanden werden. Auch die privatwirtschaftliche Zulieferung mit Gütern durch automobiler Anlieferungen wir an ihre Grenzen stoßen, die Konzentration auf Logistikflächen kann nur eine zeitlich befristete Lösung sein.

Dem Nahverkehrsplan 2017 für morgen sollte die Vorbereitung eines städtischen Mobilitätskonzepts für übermorgen folgen, die Suche nach Antworten auf damit neue Fragen muss jetzt beginnen.

Die intransparente Finanzierung und Förderung des ÖPNV, vor allem durch den Bund, muss erhellt werden. Im Rahmen des RVR sollte die Stadtverwaltung gemeinsam mit der BOGESTRA diese Zusammenhänge untersuchen lassen.

Die Ansiedlung von großen Logistikunternehmen auf Standorten in Bochum wird Auswirkungen auf den Güterverkehr innerhalb der Stadt haben, zusätzlich zu den bisher bestehenden und sich ausweitenden Zulieferdiensten. Das macht ein Konzept City-Logistik erforderlich.

5 Bochum – seine Entwicklung im institutionellen und finanziellen Rahmen

Die Entwicklung Bochums vollzieht sich in einem verfassungsrechtlichen demokratischen Rahmen einschließlich einer Finanzverteilung zwischen dem Bund, der überwiegend die Steuerhoheit besitzt, den Ländern, die den kommunalen Finanzausgleich regeln und Kommunen mit begrenzter Steuerhoheit. Damit ergibt sich ein weites Spannungsfeld kommunalpolitischen Handelns zwischen kommunaler Selbstverwaltung mit lokaler BürgerInnenbeteiligung und Abhängigkeit von Entscheidungen des Landes NRW, des Bundes und inzwischen auch der Europäischen Union.

5.1 BürgerInnenfreundliche Verwaltung

Die Stadtverwaltung Bochum trägt mit ihren nahezu 6.000 Beschäftigten zu einem guten Funktionieren des Stadtlebens bei. Das Leistungsspektrum der Verwaltung reicht von der Bau- und der Sozialverwaltung bis hin zur Wirtschaftsförderung und deckt damit viele Lebens- und Anspruchsbereiche der Bürgerschaft ab. Die Ansprüche an eine leistungsfähige Verwaltung wandeln sich. BürgerInnen erwarten eine professionelle, flexible und bedürfnisorientierte Bearbeitung ihrer Anliegen. Andererseits übt die Finanznot einen hohen Druck auf die Personalausstattung aus. Ein Abbau von Stellen in nennenswertem Umfang war die Folge in den letzten Jahren. Neue Gesetze des Landes NRW und der Bundesebene, die von den Kommunen umgesetzt werden müssen, oft mit zusätzlichem Personalaufwand, führen zu einer neuen und/oder veränderten Aufgabenwahrnehmungen - häufig ohne finanziellen Ausgleich durch die gesetzgebenden Ebenen.

Heute

Die Stadtverwaltung befindet sich in einem wahrnehmbaren Wandel hin zu einer bürgerorientierten Verwaltung. Der hohe Zuzug von Geflüchteten in den letzten zwei Jahren stellt neue hohe Anforderungen an sozialintegrative Aufgaben. Die Deckelung der Personalkosten, die

mit der Bezirksregierung zur Einhaltung der Ziele der Haushaltskonsolidierung vereinbart werden musste, schreibt die entsprechenden Aufwendungen in den kommenden Jahren fest. In Bereichen der bürger-nahen Verwaltung sind allerdings Ausnahmen erforderlich.

Morgen und Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Die Stadt Bochum sollte die Chancen der Digitalisierung konsequent nutzen und ihre Abläufe daraufhin überprüfen und anpassen. Dies schafft Spielräume in der Aufgabenerledigung und erhöht gleichzeitig die Qualität der Angebote für die BürgerInnen. Es sollte eine Konzeption erarbeitet und umgesetzt werden, wie kommunale Leistungen personell im Zuge der Digitalisierung erbracht werden können.

Die Sicherstellung in der Daseinsvorsorge findet in einer gewachsenen Aufgabenteilung zwischen der Stadtverwaltung und den kommunalen Unternehmen statt. Auch in Zukunft wird es darum gehen, Aufgaben zeitgemäß und in dafür angemessenen Strukturen zu erledigen. So war die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung in eine eigenständige Gesellschaft sehr zielführend. Auch künftig sollte weiterhin geprüft werden, in welchen Strukturen Aufgaben effektiv und zweckmäßig erledigt werden können. Auch die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit kann zu Synergien beitragen.

5.2 Kommunale Unternehmen

Einen vielfältigen Beitrag zur Entwicklung Bochums leisten die kommunalen Unternehmen. Das sind zuerst ihre wirtschaftlichen Leistungen und das ist ihre Nachfrage nach entlohnter Arbeit. Dazu kommen die Beiträge zur Finanzierung des schwachen kommunalen Haushaltes und die Förderung kommunaler Projekte. Die Sparkasse Bochum hat 1.196 MitarbeiterInnen. Mit einer Bilanzsumme von 6,36 Mrd. Euro ist sie größer als die Sparkasse Duisburg.

5.3 Institutionelle bürgergesellschaftliche Partizipation

Stadtentwicklungspolitik erfordert bürgernahe Partizipation. BürgerInnen müssen sich aus der Stadtgesellschaft heraus auf unterschiedlichen Wegen in Entscheidungsprozesse einbringen können. Im Vordergrund stehen dabei Belange im Stadtteil, im Quartier und für manchen vor der Haustür. Beispiele sind Planungen zum Bildungsangebot mit Fragen nach der Schule vor Ort oder verkehrlichen Fragestellungen.

Wissen vor Ort, die Kenntnisse um alltägliche Bewegungsmuster und Abhängigkeiten im eigenen Lebensbereich sind ein mitzunehmender „Schatz“. Den Bürgerinitiativen sind bereits mehr Gewicht und Mitspracherechte gegeben worden. Das ermöglicht lokale Stadtteilkonferenzen, deren Gestaltungsoptionen bei den politisch verbindlichen Entscheidungen im Rat zu beachten sind. In sozial benachteiligten Stadtteilen sollten Stadtteilbüros in leerstehenden Ladenlokalen eingerichtet sein, in denen „Kümmerer“ Schnittstellen zwischen Engagement im Quartier einerseits und Rat und Verwaltung andererseits bilden. Kleine Teams aus SozialarbeiterInnen und Planungsfachleuten beraten und begleiten dabei lokal aktive BürgerInnen, sind Anlaufstelle und Kummerkasten für die tagtäglichen Probleme im Quartier und erkennen schnell Veränderungen und Fehlentwicklungen. Dabei zeigt sich, dass viele Probleme, Anregungen und Hinweise auf der lokalen Ebene schneller und effizienter gelöst werden können und so auch Erscheinungen von Politikverdrossenheit wirksam entgegengetreten werden kann. Die Bürgerkonferenz des Oberbürgermeisters mit 371 Eingeladenen war ein innovativer Beitrag.

Lokale Bürger-Akteure können sich so in unterschiedlichen Konstellationen aufstellen. So können z.B. die Amtskirchen neben ihrem seelsorgerischen Auftrag gesellschaftspolitische Verantwortung für eine sozialgerechte Entwicklung im Quartier übernehmen. Damit lassen sich die Integration von NeubürgerInnen aktiv unterstützen sowie Orte und Netzwerke des sozialen Zusammenhalts, der kulturellen Begegnung und Inklusion schaffen. Vorbild kann eine Resolution der vier

großen Kirchen im Stadtteil Hamme sein, die Aufgaben und Verantwortungen konkret beschreibt und aufzeigt, wie ein neues Zusammenleben im Stadtteil gelingen kann. Wichtige PartnerInnen sind dabei mit langer und guter Tradition die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, die auf die sich verändernde und alternde Stadtgesellschaft und die Segregationstendenzen innerhalb Bochums schnell reagieren und mit sozial-flankierenden Maßnahmen und Unterstützungsangeboten die Stadteitarbeit wirkungsvoll unterstützen. Allerdings kann nicht übersehen werden, dass auch Bürgerbeteiligung soziale Unterschiede widerspiegeln kann. Sie beruhen auf unterschiedlicher Kommunikationsfähigkeit verbunden mit unterschiedlichen ökonomischen Interessen. Im Zusammenhang der Ausweisung erforderlichen Baulands darf es nicht zur Privilegierung bevorzugter Wohngebiete gegen den Wunsch nach weiterem Bauland gerade auch für einkommensstärkere Haushalte kommen.

5.4 Finanzielle Möglichkeiten

Bochum sowie alle Kommunen zwischen Ruhr und Emscher stehen unter dem Druck größer werdender Finanznot, die durch ihre jahrzehntelangen stärkeren Belastungen durch Sozialleistungen bei durchschnittlich geringeren Steuereinnahmen entstanden sind. Das gesamtstaatliche Defizit hat auf allen Ebenen die Haushaltskonsolidierungen erforderlich gemacht, weil hohe Zinsbelastungen die Ausgabenmöglichkeiten verringern und neuerdings globale Finanzspekulationen Risiken schaffen. Bochum sowie alle Kommunen zwischen Ruhr und Emscher können aber die Haushaltsdefizite nicht aus eigener Kraft abbauen.

Der Bund hat seit 2015 seinen Haushalt ausgeglichen, 2016 erzielt er hohe Einnahmenüberschüsse. Das Land NRW hat 2016 erstmals seinen Haushalt ausgeglichen. Damit ergeben sich fiskalische Handlungsmöglichkeiten, auch Bochum sowie alle Kommunen zwischen Ruhr und Emscher zu ausgeglichenen Haushalten zu verhelfen und Benachteilig-

gungen bei bisherigen Förderungen wettzumachen. Dem dienen primär Beiträge zur Schuldentilgung der Kommunen durch den Bund, ggf. im Rahmen des Bund-Länder-Finanzausgleichs. Zusätzliche Förderungen des Bundes sollten sich auf den ÖPNV und die Forschungsförderung für Hochschulen konzentrieren. Das Land sollte insbesondere den besonderen Bedarf an Lehrern und Sozialarbeitern für Schulen in benachteiligten Quartieren erhöhen.

Diese fiskalischen Maßnahmen von Bund und Land können durch Interkommunale Zusammenarbeit begleitet werden. Allein können so die Defizite nicht beseitigt werden, aber es kann dazu beitragen, die vorhandenen Ressourcen effizienter einzusetzen.

5.5 Bochum in NRW, in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union

Kommunalpolitik ist die untere Ebene eines demokratischen Mehrebenensystems, das der Entwicklung Europas nach den Weltkriegen und bei zunehmender Globalisierung entspricht. Ohne permanente Kontakte zur Landes-, Bundes- und EU-Politik ist auch die Bochumer Kommunalpolitik nur eingeschränkt erfolgreich. Dieser Bericht ist abgeschlossen, nachdem in NRW eine neue Landesregierung gebildet wurde und im Bund Wahlen bevorstehen. Das macht manche Vorschläge bezüglich ihrer von Land und Bund abhängigen Realisierungsmöglichkeiten offen.

Heute

a) Bochum in NRW und Deutschland

Nordrhein-Westfalen sticht wegen seiner Besonderheit aus dem Kreis der Länder hervor. Mittendrin liegt mit der Metropole Ruhr ein urbaner Ballungsraum, den es kein zweites Mal in Deutschland gibt. Und inmitten dieser polyzentrischen Metropole liegt Bochum.

Der sozialverträgliche und zukunftssträchtige Wandel Bochums von der montanindustriellen Stadt zu einer Wissenschaftsstadt ist in erheblichem Maße durch die Politik des Landes NRW geprägt worden. Das gilt für die Gründung der Ruhr-Universität 1965, für das Entwicklungsprogramm Ruhr 1968, die Politik der erhaltenden Stadterneuerung seit 1980 mit der IBA Emscher Park als ihrem Schlussstein; das gilt in jüngerer Zeit für die Gründung der Gesundheitshochschule und die Erweiterung der Ruhr-Universität. Es bleibt Aufgabe der Landespolitik, für Ruhr und damit auch für Bochum gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen. Das kann nur in föderalstaatlicher Zusammenarbeit mit dem Bund erreicht werden. Für Land und Bund muss dabei die Einhaltung des Konnexitätsprinzips gelten: Wer neue Leistungen erbringt, muss auch für sie aufkommen und darf sie nicht auf die Kommunen abwälzen.

Ein starkes Bochum in einer starken Metropole Ruhr benötigt weiterhin Unterstützung dafür, kommunale Investitionen auszuweiten und es bedarf einer stärkeren Entlastung für die Finanzierung sozialer Leistungen, die deutlich gestiegen sind.

Weitere mögliche Einnahmeüberschüsse des Landes müssen auch für eine Konsolidierung der kommunalen Haushalte und eine gemeinsame Entschuldungsstrategie der öffentlichen Hände in ganz Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden. Die Leistungen des Landes für Bochum und alle Kommunen in der Metropole Ruhr gehören auf den Prüfstand, um konkrete Vorschläge für ausgewogene und nachhaltige Leistungsverbesserungen zu erarbeiten. Leitgedanke ist dabei, dass aus guten Projekten zukunftsweisende Konzepte werden.

Deutschlandweit wird Bochum noch immer mit Blick auf seine Vergangenheit als größte Bergbaustadt wahrgenommen. Bochum als einen der größten Hochschulstandorte wahrzunehmen – mit Leuchttürmen, die deutschlandweit ausstrahlen – ist noch ungenügend verbreitet.

Bundesweite Bedeutung haben z. B.: Acht Universitäten / Hochschulen, insbesondere die Ruhr-Universität, das Hans Goertz-Institut für IT-

Sicherheit, das Deutsche Krebsregister, das Deutsche Bergbaumuseum, das Schauspielhaus, die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft, das Figurantentheater der Nation Fidena, Starlight-Express, die Bochumer Symphoniker mit dem neuen Konzerthaus, der VfL Bochum, der Olympiastützpunkt in Wattenscheid.

Es gibt Institutionen des Bundes in Bochum, wie die Knappschaft-Bahn-See.

Es gibt bundesweit wichtige Unternehmen mit Sitz in Bochum wie z. B. Vonovia, BP/Aral Deutschland, Viactiv Krankenkasse, GLS Bank, G-Data, dazu Bundesverbände wie den der Physiotherapeuten.

b) Bochum in der Europäischen Union

Bochums vielfältige Verbindungen mit einem stabilen progressiven Europa sind grundlegend für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Hierzu gehören unter anderem folgende Aspekte:

- Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen sowie die Möglichkeit des freien Grenzüberschrittes in die europäischen Nachbarländer sind ein zentraler Bestandteil des kulturellen Selbstverständnisses einer modernen weltoffenen Lebensführung vieler BochumerInnen.
- Bochum profitiert von den Wirtschaftsbeziehungen in die EU, trotz einiger problematischer Standortentscheidungen einzelner Großunternehmen. Insbesondere der Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital tragen erheblich zu Wachstum und zur Sicherung von Arbeitsplätzen auch in Bochum bei. Förderprogramme der EU sind ein wirksamer Bestandteil, die Auswirkungen des Strukturwandels in Bochum nachhaltig zu gestalten.
- Als solidarische und weltoffene Stadt bekennt sich Bochum zu seinen Herausforderungen, Migration und Flucht menschenwürdig zu bewältigen. Die Stadt kann dabei auf ihre Geschichte gelungener Integration aufbauen. Die Gestaltung wachsender Integrations- und Inklusionsaufgaben fördert den sozialen Zusammenhalt auch der Stadtgesellschaft. Dazu ist es erforderlich, dass

Bochum über die notwendigen Ressourcen verfügt, die landes-, bundespolitisch und auch von europäischer Ebene bereitgestellt werden müssen. Aus diesem Grund muss die EU ihre Austeritätspolitik überwinden, die lediglich dazu führt, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich in die Handlungsunfähigkeit sparen.

- Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips muss die EU das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen achten und stärken. Insbesondere die Kommunalwirtschaft hat im Zusammenhang mit der Sicherung einer qualitätsvollen öffentlichen Daseinsvorsorge eine zentrale Aufgabe zur Sicherung der Lebensqualität der hier lebenden Menschen. Freihandelsabkommen der EU dürfen diese Handlungskompetenzen der Kommunen in keiner Weise gefährden.
- Die Partnerschaften mit den Städten Sheffield in Großbritannien, Oviedo in Spanien, Donezk in der Ukraine leisten einen wichtigen Beitrag, in Bochum europäisches Bewusstsein zu fördern, das auf Völkerverständigung und dem friedlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten beruht. Der kulturelle Austausch im Rahmen der Städtepartnerschaften, bei denen die Vorteile des gemeinsamen europäischen Zusammenlebens für die BürgerInnen konkret erlebbar und erfahrbar werden, ist daher ein wichtiges Anliegen Bochumer Kommunalpolitik. Dies ist ein bedeutsamer Baustein für ein stärker zusammenwachsendes soziales und demokratisches Europa.

Morgen

In NRW hat ein Regierungswechsel stattgefunden, im September waren Bundestagswahlen mit nachfolgender Regierungsbildung, in der Europäischen Union werden die Halbzeitergebnisse der aktuellen Förderperiode ausgewertet, die Förderung nach 2020 wird bereits vorbereitet. Rat, Oberbürgermeister und Stadtverwaltung sollten im Zusammenwirken mit den Abgeordneten im Landtag NRW, im Deutschen

Bundestag und im Europäischen Parlament die bisherige und zukünftige Förderung dieser Ebenen für Projekte in Bochum umfassend aufarbeiten und öffentlichkeitswirksam erörtern.

6 Bochum – im Gespräch mit seinen BürgerInnen und allen, die es werden wollen

Das Image Bochums, wie das der Agglomeration Ruhr generell, wird durch die Kommunikation von außen geprägt und manchmal durch die Eigenkommunikation in den Städten zwischen Ruhr und Emscher negativ verstärkt. Das kann seinen Grund haben, wenn berechtigterweise die Benachteiligungen der montanindustriellen Vergangenheit durch Bund und Land NRW ausgeglichen werden sollen. Erforderlich ist jedoch eine kommunalpolitische Kommunikation, die das positive Selbstverständnis der BochumerInnen, der „RuhranerInnen“ – die MünsteranerInnen würden sich niemals analog zu „Ruhris“ als „Münsteris“ bezeichnen lassen – stärkt, dabei auch kommuniziert wie Schwächeren solidarisch geholfen wird. Bei der Kommunikation nach außen ist es erforderlich, Bochum für touristische Besuche attraktiv zu machen, zum dauerhaften hier Wohnen als auch für unternehmerische investive Standortentscheidungen.

Heute

Ein Entwurf zur „Bochum Strategie“ der Stadt ist veröffentlicht. Sie gründet auf dem Markenkonzept für Bochum, beruhend auf einer Imageanalyse, einem Faktencheck, Bereichsmarken und dann den Markenkern „Wissen, Wandel, Wir-Gefühl“ formulierend.

Die Bürgerkonferenzen des Oberbürgermeisters mit ausgewählten BürgerInnen haben im Februar 2017 begonnen, die Wirkungen der im August 2017 eingeführten City Managerin können interessant sein.

Morgen

Öffentliche Diskussionen werden der Beschlussfassung dieser Strategie durch den Rat vorausgehen. Bochum wird dann über eine Konzeption verfügen, die das kommunalpolitische Handeln vor allem nach außen transparent macht. Ziel ist die Steigerung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Stadt. Diese Strategie ist auf längerfristige Wirkung ausgerichtet. Es ist zu sehen, wie diese Kommunikation mit der Kommunikationsstrategie des RVR in Einklang gebracht werden kann.

Übermorgen mit perspektivischen Fragen

Komplementär zu dieser auf Außenwirkung zielenden „Bochum Strategie“ ist eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln und umzusetzen, die das positive Selbstverständnis der BochumerInnen stärkt und dabei auch kommuniziert, wie Schwächeren solidarisch geholfen wird. Auch diese Strategie sollte auf längerfristige Wirkung ausgerichtet sein. Hierbei wird Neuland betreten; manche Fragen werden aufgeworfen, deren Beantwortung sorgfältige Untersuchungen erfordert. Welche Bedeutung die Nutzung neuer Technologien für diese bürgerschaftliche Kommunikation hat, ist bislang wenig bekannt.

Autorenverzeichnis



Prof. Dr. Christoph Zöpel (Vorsitzender) war von 1969–1972 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bochum. 1972–1990 Mitglied des Landtags NRW und von 1980–1990 Minister für Stadtentwicklung in NRW. 1990–2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und 1999–2002 im Kabinett Schröder Staatsminister im Auswärtigen Amt. Er lehrt Raum- und Stadtentwicklung an der TU Dortmund und an der Deutsch-Jordanischen Universität in Amman. 2017 wurde er zum Vorsitzenden des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz gewählt.



Dr. Torsten Böltig ist Geschäftsführer der In-WIS Forschung und Beratung GmbH. Das Bochumer Institut ist eine Tochtergesellschaft des EBZ (Europäische Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft) und arbeitet bundesweit an wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Themen.



Prof. Dr. Jörg Bogumil ist Politik- und Verwaltungswissenschaftler und Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik der Ruhr-Universität Bochum. Er ist Mitglied in diversen wissenschaftlichen Gremien, z. B. Vorsitzender der Fachgruppe Verwaltungswissenschaft in der Deutschen Sektion des internationalen Institutes für Verwaltungswissenschaft, und kann auf umfangreiche Erfahrungen als Berater und Gutachter für Bund, Länder und Kommunen zurückgreifen.

Dr. Markus Dicks ist im Bundesministerium für Bildung und Forschung in der Abteilung Schlüsseltechnologien tätig. Er hat den Arbeitskreis Innovation und Gesellschaft der Bochumer SPD gegründet. Zudem ist Dr. Dicks stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) der Bochumer SPD.



Dr. Bastian Hartmann ist promovierter Sozialwissenschaftler und seit 2014 Ratsmitglied der Stadt Bochum.



Prof. Dr. Heike Kehlbeck ist Professorin für Technische Betriebswirtschaft an der Technischen Hochschule Georg Agricola in Bochum und engagiert sich seit Anfang der 1990er Jahre in der Beratung und Finanzierung von innovativen, jungen Unternehmen.



Dr. Dieter Kraemer studierte und promovierte an der RUB zum Dr. der oec. Nach beruflichen Stationen bei der Bezirksregierung Arnsberg und als Dezernent sowie danach als Oberstadtdirektor der Stadt Hamm, war er bis zum Jahr 2014 Chef des kommunalen Wohnungsbaunternehmens VBW in Bochum. Zurzeit ist er u. a. aktiv als Lehrbeauftragter der EBZ-Business-School sowie im Kuratorium Baukultur des Landes NRW.





Thorsten Kröger leitete zehn Jahre lang das Veranstaltungsmanagement der Jahrhunderthalle Bochum und wechselte 2012 zum Regionalverband Ruhr. Von 2015 bis 2017 war er nebenamtlicher Geschäftsführer der Freizeitzentrum Kemnade GmbH, die er gemeinsam mit drei weiteren Revierparks in die neue Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr GmbH führte. Im Juni 2017 wurde Thorsten Kröger als stellvertretender Vorsitzender der SPD Bochum bestätigt.



Jörg-Uwe Kuberski ist freiberuflicher Berater. Davor war er 34 Jahre im E.ON Konzern überwiegend mit juristischen Aufgaben betraut, zuletzt war er auch Pressesprecher der E.DIS AG in Potsdam.



Dipl. pol. Klaus Leuchtmann ist Vorstandsvorsitzender der EBZ-Gruppe (Europäisches Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft). Zu der gemeinnützigen Stiftung gehören ein Berufskolleg, eine Akademie, die Hochschule EBZ-Business School und das Forschungsinstitut InWIS.

Martin Oldengott war Bereichsleiter des Grünflächenamtes, der Wirtschaftsförderung und ist seit 2004 verantwortlich für die Stadtentwicklung in Castrop-Rauxel. Ab 2014 Fraktionsvorsitzender der SPD-Bezirksfraktion Bochum-Mitte, aktuell dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender.



Heinz Rittermeier war nach seiner Ausbildung zum Industriekaufmann, seinem sozialpädagogischen Studium und Tätigkeiten bei der IG Metall rund 37 Jahre in Gewerkschaften beschäftigt, zuletzt als Regionsvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.



Ulrich Wicking war bis 2013 langjähriger Schulverwaltungsamtsleiter der Stadt, ist seit 2014 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Altenbochum und Geschäftsführer des Kreisverbandes Bochum des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. März 2017 wurde er zum Vorsitzenden der Stiftung Lukaskirche der ev. Kirchengemeinde Altenbochum-Laer gewählt.



Beratende Mitglieder

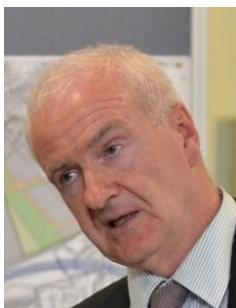


Dr. Manfred Busch studierte Wirtschaftswissenschaften und promovierte zum Dr. rer.oec.. Er war Mitglied des 11. und 12. Landtages von Nordrhein-Westfalen, ab 1998 zunächst Kämmerer der Stadt Wesel und ab 2005 bis 2017 Kämmerer der Stadt Bochum.

(Foto: Stadt Bochum, Referat für Kommunikation)



Ulf Dannehl ist persönlicher Referent von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch und Leiter des Referates des Oberbürgermeisters für gesamtstädtische Angelegenheiten.



Eckart Kröck ist Architekt, Stadtplaner und Bauingenieur, Amts- und Institutsleiter für Stadtplanung und Wohnen der Stadt Bochum. Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landeskunde und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung.

Ralf Meyer ist Geschäftsführer der WirtschaftsEntwicklungsGesellschaft mbH und der Wirtschaftsförderung Bochum und ständiges Mitglied im Verwaltungsvorstand.



Luidger Wolterhoff war bis 2016 Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Bochum. Er ist Sozialdezernent der Stadt Gelsenkirchen.

